

Christoph Stamm

Zur politischen Lage 1932

Unbekannte Aufzeichnungen über zwei Sitzungen des Parteiausschusses der SPD*

Zur Einordnung der Dokumente

Die hier vorgestellten beiden Dokumente enthalten Berichte über Sitzungen des Parteiausschusses der SPD vom 4.5. und 20.9.1932 in Berlin, die der Forschung bisher nicht bekannt gewesen sind. Der Parteiausschuss war als Führungsgremium der Partei zusätzlich zum Parteivorstand auf dem Parteitag in Chemnitz 1912 in das Organisationsstatut aufgenommen worden. Er bildete als Vertretung der Parteibeiräte auf der Ebene des Reiches die Schnittstelle zwischen der zentralen Parteiführung und der Parteiorganisation in den Regionen und sollte zudem die Integration der auseinanderstrebenden Parteiflügel fördern. Eduard David bezeichnete ihn als eine Art »Verständigungsausschuss«.¹ Laut Organisationsstatut beriet der Parteiausschuss gemeinsam mit dem Parteivorstand über wichtige, die Gesamtpartei berührende Fragen, über die Einrichtung zentraler Parteiinstitutionen, die die Partei dauernd finanziell belasteten, über die Tagesordnung der Parteitage und die Bestellung der Referenten.² Der Parteivorstand musste deshalb gegenüber dem Parteiausschuss seine Politik erklären und rechtfertigen. Für die Ausschusssitzungen der Jahre 1912 bis 1921 liegen parteioffizielle Protokolle vor.³ Da der Parteiausschuss ausdrücklich nur beratende Funktion hatte, konnten die Sitzungen weniger strukturiert verlaufen und eine Plattform für breitere Diskussionen bieten. Im Falle der Sitzung vom 4.5.1932 wurde der Teilnehmerkreis zudem erweitert durch nicht bereits dem Parteiausschuss angehörende Bezirkssekretäre und die weiblichen Vertrauenspersonen aus den Bezirken.⁴

Der »Vorwärts« und der »Sozialdemokratische Pressedienst« als zentrale Veröffentlichungs- und Verlautbarungsorgane der Partei gingen seinerzeit im Zusammenhang mit beiden Sitzungen kaum über eine Erwähnung der Tatsache, dass sie stattfanden, hinaus.⁵ Angesichts dessen bilden die Dokumente einen Ersatz für die in diesen beiden Fällen nicht überlieferten »parteiämlichen« Aufzeichnungen, die Hagen Schulze für einige spätere Parteiausschusssitzungen – nämlich für die Sitzungen vom 10.11. und 16.12.1932

* Für Ratschläge und Hinweise danke ich Ilse Fischer, Anja Kruke und Michael Schneider.

1 Vgl. *Friedhelm Boll*, Zur Funktion und Bedeutung des Parteiausschusses der SPD (1912–1921), in: Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD 1912 bis 1921. Inkl. Protokoll der Parteikonferenz in Weimar am 22. und 23. März 1919, Protokoll über die Verhandlungen der Reichskonferenz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands abgehalten in Berlin am 5. und 6. Mai 1920, Nachdrucke, hrsg. v. *Dieter Dowe*, 2 Bde., Berlin/Bonn 1980, Bd. 1, S. XIII. Vgl. auch *Dieter Fricke*, Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1869 bis 1917 in zwei Bänden, Bd. 1, Berlin (Ost) 1987, S. 265, 361 und 364f.

2 Vgl. Organisationsstatut der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen auf dem Parteitag in Magdeburg 1929, in: Sozialdemokratischer Parteitag Magdeburg 1929 vom 26. bis 31. Mai in der Stadthalle, Nachdruck, Berlin/Bonn-Bad Godesberg 1974, S. 294.

3 Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD 1912 bis 1921 (wie Anm. 1).

4 Vgl. Dok. 1, Begleitschreiben.

5 Vgl. Vorwärts. Berliner Volksblatt, 5.5.1932, Morgenausgabe, S. 1, und 20.9.1932, Abendausgabe, S. 1; Sozialdemokratischer Pressedienst, Hrsg. u. Chefredakteur *Erich Alfringhaus*, Berlin, 4.5.1932, S. 2, und 20.9.1932, S. 3.

sowie 31.1. und 14.3.1933 – ermittelt und schon 1975 veröffentlicht hat.⁶ Die beiden Dokumente bringen gegenüber der bisherigen Geschichtsschreibung zur Problematik der SPD im Jahre 1932 mit der Tolerierungspolitik gegenüber dem Kabinett Brüning, dem Verhalten gegenüber der Regierung Papen und der Bekämpfung des aufsteigenden Nationalsozialismus zwar keine grundsätzlich neuen Informationen. Sie enthalten aber Einzelheiten aus der Diskussion innerhalb der SPD, die das bisherige Bild in Details ergänzen, und sie machen die bedrückende politische Atmosphäre deutlich, in der die SPD-Führung sich um Klärung der eigenen Position bemühte und nach Handlungsmöglichkeiten suchte. Die Dokumente sollen nun nicht Anlass sein, an dieser Stelle die Debatte um die historische Bewertung dieser Phase der SPD-Parteigeschichte wieder aufzunehmen, die unweigerlich mit den Fragen nach dem Untergang der Weimarer Republik verknüpft ist.⁷ Schließlich handelt es sich bei den Dokumenten nicht um parteioffizielle Aufzeichnungen über Sitzungen des Parteiausschusses, sondern sie wurden von Sitzungsteilnehmern in der Absicht verfasst, andere Parteifunktionäre und -funktionärinnen in einem Regionalverband über diese Sitzungen zu informieren. Dabei ist im Falle von Dokument 1 zur Sitzung vom 4.5.1932 zu erkennen, dass die Schriftführerin des Bezirksfrauenausschusses Hamburg/Nordwest, Olga Stolten, in einem Rundschreiben eigene Beobachtungen als Teilnehmerin der Parteiausschusssitzung wiedergab und in der Anlage der Bezirkssekretär Heinrich Vogel in einer deutlich ausführlicheren Fassung seine eigene Version der Sitzung zu Papier brachte. Das Dokument 2 ist formal nur ein von Olga Stolten gezeichnetes Protokoll einer Sitzung des Bezirksfrauenausschusses Hamburg/Nordwest vom 23.9.1932. Breiten Raum nimmt darin aber der Bericht der Hamburger Reichstagsabgeordneten Johanne Reitze von der Sitzung des zentralen Parteiausschusses vom 20.9.1932 ein. Angesichts der Ausführlichkeit der Schilderung mit Anführung der Argumente der einzelnen Personen ist anzunehmen, dass sich Reitze hier auf eigene schriftliche Notizen stützen konnte, die sie dann später vielleicht der Protokollantin Stolten zur Einarbeitung in das Protokoll weitergegeben hat. So gesehen bildet der Bericht über die Parteiausschusssitzung vom 20.9.1932 ein Protokoll im Protokoll.

Die in Dokument 1 wiedergegebene Sitzung vom 4.5.1932 fand statt, nachdem Paul von Hindenburg in der Reichspräsidentenwahl im zweiten Wahlgang am 10.4.1932 mit Unterstützung der SPD über Adolf Hitler gesiegt hatte, die NSDAP andererseits am 24.4.1932 bei den Landtagswahlen in fünf Ländern erfolgreich gewesen war und die Weimarer Koa-

6 Vgl. *Hagen Schulze* (Hrsg.), *Anpassung oder Widerstand? Aus den Akten des Parteivorstands der deutschen Sozialdemokratie 1932/33*, Bonn-Bad Godesberg 1975, Dok. Nr. 2, 3, 5 und 9.

7 Aus der sehr umfangreichen Literatur vgl. unter anderem *Helga Grebing*, *Thesen zur Niederlage der organisierten Arbeiterschaft im Kampf gegen den Faschismus*, in: *Ernst Breit* (Hrsg.), *Aufstieg des Nationalsozialismus, Untergang der Republik, Zerschlagung der Gewerkschaften. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung zwischen Demokratie und Diktatur*, Köln 1985, S. 95–106; *Heinrich August Winkler*, *Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933*, Berlin/Bonn 1987; *Wolfram Pyta*, *Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1989; *Rainer Schaefer*, *SPD in der Ära Brüning: Tolerierung oder Mobilisierung? Handlungsspielräume und Strategien sozialdemokratischer Politik, 1930–1932*, Frankfurt am Main/New York 1990; *Horst Möller*, *Weimarer Republik. Eine unvollendete Demokratie*, München 2004, insb. S. 216–253; *Dirk Blasius*, *Weimars Ende. Bürgerkrieg und Politik 1930–1933*, Göttingen 2005; *Moritz Föllmer/Rüdiger Graf/Per Leo*, *Einleitung: Die Kultur der Krise in der Weimarer Republik*, in: *Moritz Föllmer/Rüdiger Graf* (Hrsg.), *Die »Krise« der Weimarer Republik. Zur Kritik eines Deutungsmusters*, Frankfurt am Main/New York 2005, S. 9–41; *William Smaldone*, *Confronting Hitler. German Social Democrats in Defense of the Weimar Republic, 1929–1933*, Lanham, MD/Boulder, CO 2009; zuletzt *Benjamin Ziemann*, *Die Zukunft der Republik? Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold 1924–1933*, Bonn 2011.

lition dabei in Preußen ihre Mehrheit verloren hatte. Die nicht nachlassende Wirtschaftskrise mit der Massenarbeitslosigkeit, die umstrittenen Maßnahmen der Reichsregierung zu ihrer Bekämpfung und die Passivität von Reichskanzler Heinrich Brüning in außenpolitischen Fragen gegenüber Frankreich ließen die SPD-Führung sich immer wieder neu die Frage stellen, ob sie an ihrer Tolerierung der Regierung Brüning festhalten sollte. Das einführende Referat von Rudolf Hilferding in der Sitzung vom 4.5.1932, das sich mit diesen Themen beschäftigte, ist bekannt, da es im Anschluss an die Sitzung als Sonderdruck veröffentlicht wurde.⁸ Dort erscheint der Beitrag Hilferdings viel ausführlicher und bringt die Themen teilweise in einer anderen Reihenfolge, aber die angesprochenen Punkte sind auch in der Aufzeichnung Heinrich Vogels wiederzuerkennen. Hier zeigen sich die Unterschiede zwischen einer Veröffentlichung nach Redemanuskript oder Stenogramm und den selektiven Notizen eines Zuhörers. Auch wenn die Broschüre nach einem Redemanuskript gedruckt wurde, ist nicht sicher, ob Hilferding sein Referat tatsächlich wörtlich so hielt. Direkte inhaltliche Widersprüche zwischen beiden Fassungen sind nicht festzustellen. So besteht der eigentliche Erkenntnisgewinn von Dokument 1 auch in erster Linie in der in Heinrich Vogels Aufzeichnung im Anschluss an das Referat Hilferdings wiedergegebenen Diskussion, die den deutlich größeren Teil der Aufzeichnung ausmacht.

Dokument 2 spiegelt die sich zuspitzende politische Situation nach der Ersetzung von Brüning durch Franz von Papen, Papens Absetzung der preußischen Regierung am 20.7.1932, dem gescheiterten Versuch vom August 1932, Hitler in die Reichsregierung einzubeziehen, der Notverordnung vom 4.9.1932 mit ihren massiven Angriffen auf das Tarifrecht und schließlich der Reichstagsauflösung vom 12.9.1932 wider. Das Datum der Parteiausschusssitzung vom 20.9. war zugleich der Tag, an dem Reichspräsident von Hindenburg endgültig den Termin für die erneuten Reichstagswahlen festlegte. Dem von Heinrich August Winkler festgestellten Mangel, dass die Argumente, die in dieser Parteiausschusssitzung ausgetauscht wurden, nicht im Einzelnen überliefert seien⁹, kann das Dokument 2 abhelfen, wie vollständig auch immer. Über die Diskussion an diesem Tag waren bisher nur die kurzen Bemerkungen eines Teilnehmers, des ADGB-Sekretärs Hermann Schlimme, in seinem Brief vom 22.9.1932 an den stellvertretenden ADGB-Vorsitzenden und Reichstagsabgeordneten Peter Graßmann bekannt.¹⁰ Die von Schlimme erwähnten Punkte sind neben vielen anderen in dem in Dokument 2 eingeschlossenen Bericht von Johanne Reitze wiederzufinden. Allerdings gilt dies nicht für einen Redebeitrag Schlimmes zur Frage der Extrabeiträge für die »Eiserne Front«.¹¹

Diejenigen Teile der Dokumente, die sich auf die Frauenarbeit der SPD im Parteibeziirk Hamburg/Nordwest beziehen, werden mit abgedruckt, um die Vollständigkeit und Authentizität der Dokumente zu erhalten und auch das Umfeld zu kennzeichnen, aus dem der jeweilige Autor beziehungsweise die Autorin der Aufzeichnungen kam. Durch ihre Herkunft aus der Frauenarbeit der SPD geben die Dokumente auch Hinweise auf diesen Be-

8 Vgl. *Rudolf Hilferding*, Nach den Wahlen. Referat des Genossen Dr. Hilferding vor dem Parteiausschuß am 4. Mai 1932, hrsg. v. Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Berlin 1932 (elektronische Volltextressource: URL: <<http://library.fes.de/pdf-files/bibliothek/bestand/a99-02643.pdf>> [31.5.2013]). Zur Bewertung und Einordnung dieses Referats vgl. *Heinrich August Winkler*, »Eine wirklich noch nicht dagewesene Situation.« Rudolf Hilferding in der Endphase der Weimarer Republik, in: *Jürgen Kocka/Hans-Jürgen Puhle/Klaus Tenfelde* (Hrsg.), Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat, Festschrift für Gerhard A. Ritter zum 65. Geburtstag, München/New Providence 1994, S. 142f.

9 Vgl. *Winkler*, Der Weg in die Katastrophe, S. 742.

10 Vgl. ebd.; *Hans J. L. Adolph*, Otto Wels und die Politik der deutschen Sozialdemokratie 1894–1939. Eine politische Biographie, Berlin 1971, S. 247f. – Fundort des Briefes: AdsD, DGB-Archiv, ADGB-Restakten, NB 460, Bl. 31.

11 Vgl. Dok. 2, Anm. 48.

reich der Parteiarbeit. Auch dieser Fragenbereich soll hier nicht im Einzelnen diskutiert werden. Karen Hagemann hat ihn, besonders mit Bezug auf Hamburg, ausführlich erforscht und beschrieben.¹² Es sei aber festgestellt, dass die Dokumente den Befund stützen, dass die Partei sich in der Frage, ob Geld und Energie für die Gewinnung von Frauenstimmen bei Wahlen aufgewendet werden sollten, eher ambivalent verhielt. Einerseits sahen auch die männlichen Parteifunktionäre das Potenzial, das in der Gewinnung weiblicher Wählerinnen steckte, andererseits überließen sie die Bearbeitung dieses Potenzials aber ganz der innerparteilichen Frauenorganisation und waren zögerlich dabei, diese mit den nötigen Mitteln auszustatten. Zu dieser Haltung trug bei, dass die Bemühungen der SPD um weibliche Stimmen in der Weimarer Zeit, an den ursprünglichen Erwartungen gemessen, enttäuschend ausfielen und die Parteifrauen nach jeder Wahl in Rechtfertigungszwang kamen.¹³ Die hier abgedruckten Dokumente legen nahe, dass die in der SPD organisierten Frauen, zumindest im Parteibezirk Hamburg/Nordwest, zu noch größerem Engagement bereit gewesen wären, ihnen aber keine Gelegenheit dazu gegeben wurde.

Herkunft der Dokumente

Die Dokumente wurden 1995 vom Bearbeiter im Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn bei der Sichtung einer Ablieferung von Archivalien der SPD-Landesorganisation Hamburg gefunden. Sie sind Bestandteil eines Konvoluts von Papieren, die der Arbeit des Frauenausschusses des früheren SPD-Bezirks Hamburg/Nordwest bis 1933 entstammen und möglicherweise auf dem Weg über die Materialsammlung für ein Projekt der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen der Landesorganisation Hamburg über Frauen im Widerstand zum Faschismus¹⁴ den Weg in die Unterlagen der heutigen SPD-Landesorganisation Hamburg gefunden haben. Dieses Konvolut war bei der Anlieferung im AdsD – wie andere Unterlagen auch – in einem Bündel in Packpapier verpackt und nicht etwa gelocht in einem beschrifteten Ordner abgeheftet. Diese Tatsache mag ein Grund dafür sein, dass das Material nicht schon früher mehr Beachtung gefunden hat. Ein anderer Grund dafür dürfte darin liegen, dass bei einem flüchtigen Anlesen nicht sofort erkennbar ist, dass die in den Dokumenten enthaltenen Informationen sich inhaltlich zum größten Teil auf die nationale Ebene beziehen und über die Belange und das Gebiet des Bezirks Hamburg/Nordwest¹⁵ weit hinausgehen. Seit ihrer ersten Erschließung sind die Dokumente im AdsD unter der Signatur 1629 der III. Lieferung von Unterlagen der heutigen SPD-Landesorganisation Hamburg abgelegt.¹⁶

12 Vgl. *Karen Hagemann*, *Frauenalltag und Männerpolitik. Alltagsleben und gesellschaftliches Handeln von Arbeiterfrauen in der Weimarer Republik*, Bonn 1990, insb. S. 131–154 und 509–638.

13 Vgl. auch *Renate Pore*, *A Conflict of Interest. Women in German Social Democracy, 1919–1933*, Westport, CT/London 1981, S. 57–59.

14 Vgl. *Frauen im Faschismus, Frauen im Widerstand*. Hamburger Sozialdemokratinnen berichten, hrsg. v. der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, Hamburg o.J. [ca. 1980].

15 Der SPD-Bezirk Hamburg/Nordwest wurde irreführenderweise zeitgenössisch meistens »Hamburg-Nordwest« geschrieben. Er umfasste vor 1933 geografisch den Unterbezirk Hamburg (noch ohne Altona und Wandsbek) und das Elbe-Weser-Dreieck mit den Unterbezirken Bremen und Bremerhaven sowie den beiden Unterbezirken im Regierungsbezirk Stade der preußischen Provinz Ostthannover mit Sitzen in Stade und Hemelingen, vgl. *Handbuch des Vereins Arbeiterpresse*, hrsg. v. Vorstand des Vereins Arbeiterpresse, 4. Folge, Berlin 1927, S. 44; *Die Sozialdemokratie in den kommunalen Selbstverwaltungen im Bezirk Hamburg-Nordwest 1930*, hrsg. v. kommunalpolitischen Ausschuss des Bezirks Hamburg-Nordwest der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Hamburg [1930]; *125 Jahre Sozialdemokratie im Landkreis Stade*. Text: *Jürgen Bohmbach*, hrsg. v. Kreisverein Stade der SPD, [Stade o.J.], S. 30.

16 Vgl. SPD-Landesorganisation Hamburg (Lieferung III). *Kurzverzeichnis*, Archiv der sozialen Demokratie, Bonn 1995, S. 1.

Zur Edition der Texte

Die Fundorte und die äußere Form der Dokumente sind jeweils im Kopf angegeben. Da die Texte in maschinenschriftlicher Form vorliegen, bedeutete die Festlegung des Wortlauts grundsätzlich kein Problem. Vermutlich wegen eines nicht ganz korrekt eingelegten Kohlepapiers in Dokument 2 fehlende Buchstaben werden in eckigen Klammern ergänzt. Wo der Text trotzdem unklar ist, wird dies annotiert. Es wird die neue Rechtschreibung angewendet, offensichtliche Schreibfehler werden stillschweigend korrigiert. Dem Sinn nach in besonderen Fällen notwendige Textergänzungen erfolgen ebenfalls in eckigen Klammern. Unterstreichungen in der Vorlage werden übernommen und die Gliederung wird beibehalten. Personennamen werden bis auf Hitler bei der ersten Nennung in den Dokumenten mit kurzen biografischen Annotationen versehen.

DOKUMENT 1

AdsD, SPD-Landesorganisation Hamburg, Nr. 1629

Rundschreiben: maschinenschriftlich, Durchschlag auf Durchschlagpapier, 1 S.

Anlage: maschinenschriftlich, hektografiert, 7 S.

An die Mitglieder des Bezirksfrauenausschusses Hamburg-Nordwest

Werte Genossinnen!

In der Anlage der Bericht von der Parteiausschusssitzung in Berlin am 4. Mai [1932]. Wir lassen diesen Bericht ausnahmsweise auch den Bezirksfrauenausschussmitgliedern zugehen, da auf der Tagesordnung auch Fragen der Frauenagitation erörtert werden sollten, u. a. auch der Termin des Intern[ationalen] Frauentages festgesetzt werden sollte. Der Kreis der Teilnehmer war erweitert worden durch die Bezirkssekretäre und die weibl[ichen] Vertrauenspersonen. Teilgenommen haben vom Bezirksverband Hamburg-Nordwest die Genossen Meitmann¹ und [Heinrich] Vogel² und die Genossinnen Andresen³ und Stolten.⁴ Vorgesehen war[en] für diese Tagung zwei Tage, der 4. und 5. Mai. Es sollten die Ergebnisse der Wahlen⁵ und die verschiedenen Werbemethoden einer Kritik unterzogen und nach neuen Wegen der Agitation gesucht werden. Unsere Erwartungen, aus dieser Tagung recht viele Anregungen für unsere Arbeit zu bekommen, wurde[n] leider nicht erfüllt, denn schon am Mittwochmittag⁶ erfuhren wir, dass die Tagung am Mittwoch bereits beendet sein würde. Dieser Beschluss legte natürlich allen Referenten sowie den Diskussionsrednern eine starke Beschränkung ihrer Redezeit auf. Auch müssen wir feststellen, dass die Frauenfragen keinen großen Raum eingenommen haben. Es wurde wohl von allen Dis-

1 Karl Meitmann (1891–1971), Kaufmannsgehilfe, vor 1914 Angestellter der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine, 1918–20 Mitarbeiter des Regierungspräsidenten von Schleswig-Holstein, dann Zivilkommissar der Schutzpolizei in Schleswig-Holstein, 1925 Gaugeschäftsführer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Schleswig-Holstein, 1926 Sekretär des SPD-Bezirks Schleswig-Holstein, 1928–33 1. Vorsitzender des SPD-Bezirks Hamburg/Nordwest, 1931–33 und 1946–49 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, 1933 mehrfach KZ, später Angestellter im Kohlenbergbau, 1945–52 wieder Vorsitzender der SPD Hamburg/Nordwest, 1946–54 Mitglied des Parteivorstands, 1946–48 Mitglied des Zonenbeirats der britischen Besatzungszone, 1949–61 MdB.

2 Heinrich Vogel (1891–?), Metallarbeiter aus Hemelingen, 1919–33 Sekretär und Kassierer des SPD-Bezirks Hamburg/Nordwest, Vorsitzender des Bezirksausschusses der Arbeiterwohlfahrt, 1933 9 Monate KZ und Gefängnis, nach 1945 wieder SPD. Für Angaben zu Heinrich Vogel und Margaretha Andresen habe ich Angelika Voß-Louis von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg zu danken.

3 Margaretha Andresen geb. Fischer (1892–1982), Buchhalterin, Hausfrau, bis 1933 weibliche Vertrauensperson im SPD-Bezirksvorstand Hamburg/Nordwest, Vorsitzende des Bezirksfrauenausschusses, 1954 Mitglied des SPD-Kreisvorstands Hamburg-Altona, 1960 Mitglied des Parteirats.

4 Olga Stolten (1885–1974), Hausangestellte, Fürsorgerin, 1919–20 Betriebsrätin des Hamburger Arbeitsamts, 1920 Mitbegründerin der Arbeiterwohlfahrt in Hamburg, Bürogehilfin im SPD-Parteisekretariat in Hamburg, Schriftführerin des Bezirksfrauenausschusses des SPD-Bezirks Hamburg/Nordwest sowie Geschäftsführerin des Bezirksausschusses der Arbeiterwohlfahrt, nach 1933 Kioskbetreiberin.

5 Vgl. die Ergebnisse der beiden Wahlgänge der Reichspräsidentenwahl vom 13.3. und 10.4.1932 mit der Wiederwahl des auch von der SPD unterstützten Paul von Hindenburg sowie der Landtagswahlen vom 24.4.1932 in Preußen, Bayern, Württemberg, Hamburg und Anhalt, in: *Jürgen Falter/Thomas Lindenberger/Siegfried Schumann, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919–1933*, München 1986, S. 46, 89, 91, 94, 101 und 113.

6 4.5.1932.

kussionsrednern stärkere Agitation unter den Frauen gewünscht, aber positive Vorschläge wurden nicht gemacht, auch vom Frauenbüro nicht. Für den Intern[ationalen] Frauentag schlug das Frauenbüro die Zeit vom 5.–19. Juni [1932] vor. Vom Parteivorstand wurde jedoch hierzu erklärt, dass, wenn der Intern[ationale] Frauentag stattfinden soll, auch die Gesamtpartei dahinterstehen muss, damit er in der Öffentlichkeit Geltung [erhält].⁷ Der Parteivorstand hält den Termin im Juni nicht für zweckmäßig, sondern schlägt eine Atempause bis zum Herbst vor. Der Kassierer des Parteivorstandes⁸ schildert[e] die schlechte Geschäftslage der Partei und warnt[e] vor größeren Ausgaben. Infolgedessen wurde der Vorschlag des Frauenbüros abgelehnt und die Festsetzung des Termins dem Parteivorstand überlassen.⁹

Leider ist es nun so, dass die Sparmaßnahmen zuerst bei den Frauen angewendet werden. Wir müssen also versuchen, durch die allgemeine Parteiarbeit, in Mitgliederversammlungen, bei Ausflügen und sonstigen Gelegenheiten die Verbindung mit den Funktionärinnen aufrechtzuerhalten. Bei diesen Gelegenheiten bitten wir, darauf hinzuweisen, dass Anfang September [1932] als Auftakt zu unserer Winterarbeit und (hoffentlich) als Höhepunkt der Intern[nationalen] Frauenwoche unsere längst fällige Bezirksfrauenkonferenz bestimmt stattfinden soll. Wir werden im Mitteilungsblatt Juni eine vorläufige Bekanntmachung und nach unserer vorbereitenden Bezirksfrauenausschusssitzung Anfang Juli die näheren Anweisungen darüber hinausgehen lassen. Wir bitten Euch jedoch, die Frauengruppen schon jetzt dafür zu interessieren, da wir mit dieser Frauenkonferenz eine größere Frauenkundgebung verbinden wollen.

Die Atempause bis zum Herbst bedeutet auf keinen Fall, dass wir Frauen jetzt keinerlei Aufgaben hätten. Im Gegenteil, wir müssen die ruhigen Sommermonate¹⁰ dazu benutzen, in allen Ortsvereinen jede Parteigenossin zur Funktionärin zu machen. Vor allen Dingen müssen wir durch unsere Arbeit beweisen, dass wir bestrebt sind, die Frauen als gleichwertig in die Gesamtpartei einzugliedern.

Mit parteigenössischem Gruß
Freundschaft!
Olga Stolten

Hamburg, den 12. Mai 1932

7 Das ursprünglich statt »erhält« hier stehende Wort ist in der Vorlage durch »xxx« unleserlich gemacht worden.

8 Siegmund Crummenerl (1892–1940), Graveur, nach dem Militärdienst (1914–18) bis Anfang 1924 Sekretär des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Lüdenscheid, ab Mai 1924 Parteisekretär beim SPD-Bezirk Magdeburg-Anhalt, Mai 1929 in die Kontrollkommission des Parteivorstands gewählt, seit 6.2.1932 Hauptkassierer der SPD, April 1933 Mitglied des Parteivorstands, Emigration, Mitglied des Sopade-Vorstands in Prag, 1938 nach Paris geflüchtet und dort gestorben.

9 Vgl. die Darstellung desselben Vorgangs im anhängenden Bericht von Heinrich Vogel unten.

10 Das ursprünglich folgende Wort ist in der Vorlage durch »xxx« getilgt worden.

[Anlage]
Bericht
von der
Parteiausschusssitzung in Berlin am 4. Mai 1932

Genosse Hilferding¹¹ hält ein Referat über die Entwicklung und die Bestrebungen der Parteien nach der Reichspräsidenten- und Preußenwahl sowie über die politische Situation.¹²

Dem Hauptvorstand ist bekannt geworden, dass die Wahlergebnisse in den Reihen der KPD haben Stimmen laut werden lassen, Versuche zu unternehmen, mit der SPD zu einer Einheitsfront zu kommen mit dem Bestreben, der KPD die Führung zu sichern.¹³ Hier ist unsererseits streng darauf zu achten, dass jegliche Verhandlungen dieser Art nur zentral zu führen sind. Die Zentrale aber hat bei solchen Verhandlungen den Grundsatz zu wahren: »Kein Versteckenspielen, sondern immer offen!« Führung der SPD.¹⁴

Die Nazis haben nach ihren letzten Wahlerfolgen in engerem Kreise Beratungen gepflogen, welcher Weg und welche Taktik einzuschlagen ist, um sich an die freien Gewerkschaften heranzumachen. Hier heißt es für uns, in engster Zusammenarbeit mit den freien Gewerkschaften jeglichen Treibereien der Nazis aufs Schärfste zu begegnen. Der beste Ausweg, solchen Machenschaften der Nazis zu begegnen, ist und bleibt die große Arbeitsbeschaffung durch Reich und Länder.

Die politische Situation¹⁵

Reich und Preußen, diese beiden sind im engsten Zusammenhang zu beachten. Vor allem gilt es, unsererseits darauf hinzuwirken, dass in Preußen den Nazis bei einer ev[en-]t[uel]l[en] Regierungsbeteiligung keine Positionen gegeben werden, die die Möglichkeit lassen, über die Positionen zur absoluten Macht zu gelangen. Der Ministerpräsident, der in Preußen in Fällen kritischer Situationen eine absolute Macht [besitzt?]¹⁶, sowie der Minister des Inneren in Preußen dürfen in keinem Fall den Nazis überlassen werden. Sobald die Nazis diese Positionen haben, werden sie es an Mache¹⁷ nicht fehlen lassen, eine kritische Situation herbeizuführen, dem Landtag ein Ende zu bereiten, um so zur absoluten Macht zu gelangen. Man ließ erkennen, dass hier Reichsregierung – Brüning¹⁸ in Übereinstimmung [ist]

11 Rudolf Hilferding (1877–1941), geboren in Wien, Dr. med., 1901–06 Kinderarzt, 1907 Dozent für Nationalökonomie an der Parteischule der SPD, 1907–15 politischer Schriftleiter des »Vorwärts«, 1915–18 Feldarzt in der österreichisch-ungarischen Armee, ab 1917 USPD, 1918–23 Chefredakteur der »Freiheit«, Januar–September 1922 Mitglied des Zentralvorstands der USPD, dann bis 1933 Mitglied des SPD-Parteivorstands, 1924–33 MdR, 1923 und 1928–29 Reichsfinanzminister, 1933 Emigration in die Schweiz, ab 1937 Exil in Frankreich, 1941 in Südfrankreich verhaftet und an die Gestapo ausgeliefert, in Paris inhaftiert, Todesursache in der Haft ungeklärt.

12 Vgl. *Hilferding*, Nach den Wahlen, S. 2f.

13 Zu entsprechenden Signalen seitens der KPD vgl. *Winkler*, Der Weg in die Katastrophe, S. 554.

14 Zu diesem und dem folgenden Absatz vgl. *Hilferding*, Nach den Wahlen, S. 3f.

15 Vgl. ebd., S. 4f.

16 Vgl. zum Notverordnungsrecht und der »Diktaturgewalt« des preußischen Staatsministeriums nach der Verfassung vom 30.11.1920 *Ernst Rudolf Huber*, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. VI: Die Weimarer Reichsverfassung, Stuttgart/Berlin etc. 1981, S. 747f.

17 So in der Vorlage.

18 Heinrich Brüning (1895–1970), 1914–18 Kriegsteilnehmer, 1920–30 Geschäftsführer des (christlichen) Deutschen Gewerkschaftsbundes, 1924–November 1932 MdR (Zentrum), 1929–30 Vorsitzender der Reichstagsfraktion des Zentrums, 1930–30.5.1932 Reichskanzler, Mai–Juli 1932 Parteivorsitzender des Zentrums, 1934 Emigration, später akademische Lehrtätigkeit in den USA, 1951–55 Ordinarius für Politische Wissenschaft an der Universität Köln.

mit der Auffassung der Sozialdemokratie: »Auf keinen Fall [ist] den Nazis die Stelle des Ministerpräsidenten und des Innenministers in Preußen zu überlassen.« Somit rechnet man in Preußen stark auf die Hilfe des Zentrums. Brüning und Kaas¹⁹ sind sich einig: Keine Rechtsregierung in Preußen. Bei Koalition wiederum auf keinen Fall Ministerpräsident und Innenminister den Nazis. Auch ist das Zentrum bereit, alles aufzuwenden, um auf keinen Fall die Gefangenen der Nazis zu werden.²⁰

Im Reiche selbst stehen wir auch vor schweren Entscheidungen, vor allem in der Frage: »Regelung der Arbeitslosenfrage«.²¹ Die Kommunen können, so wie die Dinge heute liegen, der Schwierigkeiten nicht Herr werden und stehen bereits finanziell vor dem Zusammenbruch. Die Gemeinden haben sich hier schon um Hilfe an Reich und Länder gewandt. Die Rechtsparteien lehnen hier weitere Hilfe in der Arbeitslosenfrage ab und planen die Schaffung einer selbstständigen Arbeitslosenversicherung.²² Die Sozialdemokratie, in Übereinstimmung mit den freien Gewerkschaften, wird hier alles aufbieten, solche Vorhaben zu unterbinden. Auch ist der Reichsregierung kundgetan, dass, wenn man zur Schaffung einer selbstständigen Arbeitslosenversicherung schreite, damit jegliche Tolerierung der Reichsregierung durch die Sozialdemokratie falle.

Das Wachsen der Gegnerschaft des Reichsinnenministers Groener²³ durch sein S.A.-Verbot²⁴ sowie [wegen] der Treibereien gegen Groener vermochte die Reichsregierung nicht zu erschüttern.²⁵ Die Aussprache zwischen Reichspräsidenten²⁶, Brüning und Groener

19 Ludwig Kaas (1881–1952), 1918–24 Professor für Kirchenrecht in Trier, Päpstlicher Hausprälat, Domkapitular, Berater von Eugenio Pacelli als päpstlicher Nuntius, Kardinalstaatssekretär und Papst Pius XII., 1919–33 MdR (Zentrum), 1928 zeitweise Fraktionsvorsitzender, 1928–33 Parteivorsitzender des Zentrums, April 1933 Emigration in den Vatikan, 1934 Apostolischer Protokollnotar, ab 1936 Sekretär der Kongregation für die Verwaltung von St. Peter, Leiter der Bauhütte.

20 Zur Auseinandersetzung in der SPD über die Haltung zu Koalitionsverhandlungen zwischen Zentrum und NSDAP in Preußen vgl. *Winkler*, Der Weg in die Katastrophe, S. 548–553. Das SPD-geführte preußische Staatsministerium hatte am 26.4.1932 verkündet, nach Einberufung des neu gewählten Landtags seinen Rücktritt zu erklären.

21 Vgl. zu diesem Absatz die Wiedergabe in *Hilferding*, Nach den Wahlen, S. 5f.

22 Was hiermit gemeint ist, ist nicht klar. Möglicherweise geht es um den von Reichspreiskommissar Carl Friedrich Goerdeler vorgelegten Plan, die Arbeitslosenversicherung zu suspendieren, einen allgemeinen Bedürfnisnachweis einzuführen und Arbeitslosenversicherung, Krisenfürsorge und Wohlfahrtsunterstützung zu einer einheitlichen, von den Gemeinden getragenen Arbeitslosenfürsorge zusammenzulegen. Das Reich sollte vier Fünftel der Lasten tragen, die jeweilige Gemeinde ein Fünftel. Vgl. *Winkler*, Der Weg in die Katastrophe, S. 566.

23 Wilhelm Groener (1867–1939), Berufsoffizier, 1914 Chef des Feldeisenbahnwesens, 1915 Generalmajor, 1916 Generalleutnant und Chef des Kriegsamtes im preußischen Kriegsministerium, 1917–18 Frontkommandos, 1918–19 Erster Generalquartiermeister in der Obersten Heeresleitung, 1920–23 Reichsverkehrsminister (parteilos), 1928–30.5.1932 Reichswehrminister, 9.10.1931–30.5.1932 außerdem mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsinnenministers beauftragt.

24 Zum Verbot der SA auf Initiative Groeners durch Notverordnung Hindenburgs vom 13.4.1932 vgl. die Niederschrift des Staatssekretärs Pünder vom selben Tag, in: Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I und II, bearb. v. *Tilman Koops*, Bd. 3, Boppard 1990, S. 2437–2440; *Ernst Rudolf Huber*, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. VII: Ausbau, Schutz und Untergang der Weimarer Republik, Stuttgart/Berlin etc. 1984, S. 938–945.

25 Vgl. zu diesem Absatz den Abschnitt »Die Stellung des Kabinetts Brüning«, in: *Hilferding*, Nach den Wahlen, S. 7.

26 Paul von Beneckendorff und von Hindenburg (1847–1934), Berufsoffizier, 1900 Generalleutnant, 1911 Ruhestand, 1914 reaktiviert, Oberbefehlshaber der 8. Armee und Generaloberst, November 1914 Oberbefehlshaber Ost und Generalfeldmarschall, 1916–19 Chef des Generalstabs des Feldheeres (Oberste Heeresleitung), 1925–34 Reichspräsident, Wiederwahl im zweiten Wahlgang am 10.4.1932 mit Unterstützung der SPD.

hat volle Übereinstimmung ergeben.²⁷ Wir haben mit 2 neuen Notverordnungen zu rechnen:

- I. Gottlosenverbände²⁸,
- II. Verbot der Wehrverbände.²⁹

Man ließ durchblicken, dass hier das Reichsbanner unberührt bleibt.³⁰

Ausland und Einstellung.³¹ Hier macht sich der Ausfall der Wahlen geltend. Selbst größere Arbeitsaufträge des Auslandes sind nach diesen Wahlergebnissen vom Ausland zurückgezogen [worden]. Die Verhandlungen in Lausanne und Genf, insbesondere in der Abrüstungs- und Reparationsfrage³², hängen stark von der Entwicklung in Frankreich ab, ja man kann sagen, diese entscheidet. Vorerst vermögen wir keine positive Aussicht zu geben. Unsere Einstellung ist:

Auf der Stelle treten,
Augen und Ohren auf
und dem Zentrum keine
Verantwortung abnehmen!

Hans Vogel (Partei Vorstand)³³ geht unter Beachtung der Wahlergebnisse in den Bezirksverbänden näher auf die Agitations- und Werbemethoden der Parteiorganisationen ein.³⁴ Auch ist zu beachten, dass die [Deutsche] Staatspartei sich in der Auflösung befindet.³⁵

- 27 Eine Besprechung zwischen Hindenburg, Brüning und Groener über das Verbot der SA ist für den 13.4.1932 zu ermitteln, vgl. Niederschrift des Staatssekretärs Pünder vom 13.4.1932 (wie Anm. 24), S. 2440. Am 12.5.1932 erklärte Groener seinen Rücktritt als Reichswehrminister.
- 28 Vgl. Verordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung der kommunistischen Gottlosenorganisationen vom 3. Mai 1932, RGBl. I, S. 185 (ausgegeben am 4.5.1932). Die Verordnung zielte auf »die Internationale proletarischer Freidenker [...] und die ihr nachgeordneten oder angeschlossenen kommunistischen Freidenkerorganisationen«. Vgl. ebd., § 1.
- 29 Vgl. Zweite Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Staatsautorität vom 3. Mai 1932, RGBl. I, S. 185. Die militärähnlichen Verbände, soweit sie nicht wie die SA schon verboten waren, wurden hiernach formal nicht verboten, sondern der Kontrolle der Reichsregierung unterstellt.
- 30 Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold wurde tatsächlich von der Verordnung nicht ausgenommen, vgl. *Winkler*, Der Weg in die Katastrophe, S. 536; *Huber*, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. VII, S. 947f.
- 31 Vgl. *Hilferding*, Nach den Wahlen, S. 8.
- 32 Zu den Verhandlungen 1932 um die endgültige Regelung der Reparationsfrage in Lausanne und die Zubilligung der Gleichberechtigung in der Rüstung an Deutschland vgl. *Peter Krüger*, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985, S. 545–551.
- 33 Hans (Johann) Vogel (1881–1945), Holzbildhauer, 1908–27 Sekretär des SPD-Bezirks Nordbayern mit Sitz in Nürnberg, 1912–18 MdL Bayern, 1914–18 Kriegsteilnehmer, 1919–33 MdR, ab 1927 Sekretär im SPD-Parteivorstand, 1931–33 Mitvorsitzender der SPD neben Otto Wels und Artur Crispian, 1933 Emigration, 1933–39 Mitvorsitzender der Exil-SPD in Prag und Paris, nach Tod von Wels 1939 Alleinvorsitzender, 1940 in Frankreich kurzzeitig interniert, Flucht nach Großbritannien.
- 34 Vgl. hierzu *Hermann-Josef Rupieper*, »Der Kampf gegen die nationalsozialistische Seuche«. Die Werbeabteilung der SPD und die Auseinandersetzung mit der NSDAP 1929–1932, in: *IWK* 19, 1983, S. 1–22.
- 35 Zum Niedergang der Deutschen Demokratischen Partei, die sich 1930 in Deutsche Staatspartei umbenannt hatte, vgl. *Erich Matthias/Rudolf Morsey*, Die Deutsche Staatspartei, in: *dies.* (Hrsg.), Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960, S. 29–72; *Werner Fritsch*, Deutsche Demokratische Partei 1918–1933, in: *Dieter Fricke* (Hrsg.), Lexikon zur Parteigeschichte, Bd. 1, Köln 1983, S. 610–612.

Schon die Wahlen haben bewiesen, dass der größere Teil der Wähler und Wählerinnen der Staatspartei bei den Preußenwahlen ihre Stimme bereits an Zentrum und Sozialdemokratie abgegeben haben. Es gilt jetzt, unser Augenmerk darauf zu richten, die Anhänger der Staatspartei ganz für die Sozialdemokratie auch als Mitglieder zu gewinnen.

Die Agitations- und Werbemethoden sind unter den Bezirksorganisationen sehr verschieden. Es ist aber durch die Werbezentrale eine gewisse Einheit geschaffen, auch ist den Bezirkssekretariaten durch die Werbezentrale eine wesentliche Beihilfe geworden. Insbesondere ist mit der Lieferung des Referentenmaterials durch die Werbezentrale sehr wesentlich den Referenten gedient und damit eine gewisse Einheit in der Agitations- und Werbearbeit gegeben. Genosse Hans Vogel weist besonders darauf hin, in der Parteausschusssitzung ganz offen über die Fehler der Organisation zu sprechen, um dort, wo Fehler sich zeigen, Abhilfe zu schaffen.

Vor allem muss die Bearbeitung der Massen auf den Arbeits- und Stempelstellen in verschiedenen Bezirksverbänden besser organisiert und gepflegt werden. Die Schaffung der Erwerbslosen-Arbeitsgemeinschaften³⁶ muss in den Industriegemeinden ganz besonders gefördert werden. Schaffung und Betreuung der Erwerbslosen-Arbeitsgemeinschaften ist Aufgabe der Eisernen Front.³⁷

Es sind Staatseinrichtungen geplant zur Schulung der Erwerbslosen.³⁸ Unsere Sorge muss sein, dass bei der Schaffung solcher Schulen Sozialdemokraten und freie Gewerkschaften beteiligt und führend sind.

Die Landagitation muss ganz besonders gefördert werden durch Zusammenstehen von Stadt und Land und ständige Verbindung mit der Landbevölkerung durch Verbreitung von Schriften und Flugblättern.³⁹ Auch gilt es zu überlegen, ob nicht durch Schaffung von Wochenzeitungen eine engere Verbindung mit der Landbevölkerung und Aufklärung der Landbewohner erreicht werden kann. Auch müssen wir uns der Frage zuwenden, ob nicht durch Beeinflussung von Verwandten und Zustellung von Wochenzeitungen und Flugschriften durch Verwandte stärker zugunsten der Sozialdemokratie auf die Landbevölkerung eingewirkt werden kann.

Die Bearbeitung des Mittelstandes muss in Zukunft noch stärker von der Sozialdemokratie gefördert werden.⁴⁰ Hier wird auch die Werbezentrale den Organisationen zur Hand gehen.

Der Literaturvertrieb muss in den Ortsgruppen stärker gepflegt werden. Nur so sind wir in der Lage, die Funktionäre zu schulen und diese mit den Vorgängen in Wirtschaft und Politik vertraut zu halten.

36 Mit diesen Erwerbslosen-Arbeitsgemeinschaften sind vermutlich die laut Satzung vorgesehenen Ortsarbeitsgemeinschaften der Reichsarbeitsgemeinschaft »Sozialer Dienst, Hilfswerk der Arbeiterschaft für die erwerbslose Jugend« gemeint, die am 19.7.1932 von ADGB, AfA-Bund, Arbeiterwohlfahrt, SAJ, Reichsbanner, Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit und Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege formal gegründet wurde, vgl. Arbeiterwohlfahrt 7, 1932, S. 472 und 531–533.

37 Zur Gründung der »Eisernen Front« aus Reichsbanner, Arbeitersportlern und Freien Gewerkschaften vgl. *Winkler*, Der Weg in die Katastrophe, S. 514–516; *Schaefer*, SPD in der Ära Brüning, S. 295–321.

38 Zu von den Arbeitsämtern organisierten Schulungskursen vgl. *Henning Köhler*, Arbeitsdienstpflicht in Deutschland. Pläne und Verwirklichungsformen bis zur Einführung der Arbeitsdienstpflicht im Jahre 1935, Berlin 1967, S. 82–84.

39 Zur Landagitation der SPD 1930–32 vgl. *Schaefer*, SPD in der Ära Brüning, S. 272–276.

40 Zu den Bemühungen der SPD um die Mittelschichten vgl. ebd., S. 268–272.

Genosse Hans Vogel geht dann noch näher auf das Vorhaben der KPD und deren Gründung der SPD-Bearbeitungskommission ein. Diese Kommission betreibt getarnte Vorhaben, wonach sich Kommunisten als Mitglieder bei den Ortsgruppen der Sozialdemokratischen Partei aufnehmen lassen und dort werben und agitieren in den Mitgliederversammlungen für die politische Einstellung der Kommunisten und die Einheitsfront. Dem Hauptvorstand ist auf besondere Art Kenntnis geworden von diesem Vorhaben der Kommunisten. Hier heißt es für unsere Organisationsleitungen: »Auf der Hut sein.«

Genossin Juchacz (Hauptvorstand)⁴¹ geht noch näher auf die Werbearbeit unter den Frauen und deren Bedeutung für die Organisation und bei den Wahlen ein. Die Frauen stellen unter den Wahlberechtigten die Mehrheit und zählen 54 %, die Männer 46 %. Wir müssen bestrebt sein, die Werbearbeit unter den Frauen in allen Ortsgruppen ganz besonders zu fördern und zu organisieren.⁴² Als besonderes Arbeitsgebiet muss die Werbearbeit unter den Hausfrauen gepflegt und durchgeführt werden. Sodann macht sie den Vorschlag betreffs des Internationalen Frauentages. Im März–April [1932] war wegen der bevorstehenden Wahlen die Abhaltung des Frauentages nicht möglich. Der Parteivorstand ist der Auffassung, wenn der Internationale Frauentag stattfindet, muss die Gesamtpartei auch dahinterstehen, damit er Geltung hat. Das Frauenbüro macht den Vorschlag: 5. bis 19. Juni [1932]. Die Pause darf nicht zu lang sein.⁴³ Auch ist sie der Auffassung, dass die Frauen bei der »Eisernen Front« nicht genügend beteiligt sind, man muss die geeignete Form der Beteiligung beraten. Wir wollen ernst genommen sein.

Es ist auch der Vorschlag gemacht worden – nicht von der Genossin Juchacz, sondern von anderer Seite –, anstelle des Frauentages einen allgemeinen »Sozialdemokratischen Tag« einzuführen, an welchem Frauen als Festrednerinnen bestimmt werden.

In der darauf folgenden Aussprache wurde von allen Rednern⁴⁴ eine Atempause verlangt, sodass am Schluss die Festsetzung des »Internationalen Frauentages« dem Parteivorstand überlassen bleibt. Die politischen Situationen machen es unmöglich, jetzt einen Zeitpunkt zu bestimmen.⁴⁵

Genosse Crummenerl⁴⁶ (Kasse) gibt einen Überblick über die Kassenverhältnisse. Bei den letzten Wahlen sind vom Hauptvorstand rund 750.000 RM zur Unterstützung an die Bezirksverbände gegeben [worden]. Der Markenumsatz lässt sehr zu wünschen übrig und ist in den Bezirksverbänden pro Mitglied sehr verschieden. 10 Bezirksorganisationen stehen recht schwierig da. Auch muss Ordnung und Planmäßigkeit im Kassenwesen allgemein besser gepflegt werden. Bis jetzt liegen nur erst 2 Abrechnungen der Bezirksorganisationen über das I. Quartal 1932 dem Hauptvorstand vor. Auch müssen die Bezirksverbände betreffs der Sonderbeiträge größere Sorgfalt walten lassen. Crummenerl machte darauf aufmerksam, dass die Einnahmen aus Sonderbeiträgen in den Bezirksverbänden

41 Marie Juchacz geb. Gohlke (1879–1956), Schneiderin, 1917–33 Leiterin des Frauenbüros beim SPD-Parteivorstand und Mitglied des Parteivorstands, 1920–33 MdR, 1919–33 Vorsitzende des Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt, 1933 Emigration (Saarland, Frankreich, USA), 1949 Rückkehr, Ehrenvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt.

42 Zur Werbung der SPD um die Frauen vgl. *Schaefer*, SPD in der Ära Brüning, S. 276–279.

43 Gemeint ist offenbar die Pause seit dem letzten Internationalen Frauentag der SPD, der vom 12. bis 28.4.1931 reichsweit an verschiedenen Orten und zu verschiedenen Terminen abgehalten worden war. Vgl. Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1931, hrsg. v. Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin [1932], S. 125; *Hagemann*, Frauenalltag und Männerpolitik, S. 303f.

44 Handschr. geändert aus: »Rednerinnen«.

45 Ein Internationaler Frauentag der SPD hat nicht mehr stattgefunden.

46 In der Vorlage jeweils »Krummenerl«.

sehr verschieden sind, und wies darauf hin, dass ein Bezirksverband von über 50.000 Mitgliedern an Einnahmen aus Sonderbeiträgen monatlich keine 100 RM habe. Im Jahre 1932 werden wir mit einer Mindereinnahme aus Beiträgen bei der noch immer steigenden Arbeitslosigkeit mit rund 25 % zu rechnen haben, während die Ausgaben für Wahlen usw. sich ganz gehörig mehren. Es müssen für die Zukunft die Bezirksorganisationen ob ihrer Ausgaben vom Hauptvorstand kontrolliert und ihnen ev[en]t[uel]l Sparmaßnahmen auferlegt werden. Wir müssen alles daransetzen, zu sparen mit Ausgaben für Tagungen und Konferenzen, um so den Abbau der Organisationseinrichtungen zu verhindern, da wir gerade in dieser Zeit alle Kräfte gebrauchen. Der Internationale Frauentag hat im Vorjahr 20.000 RM gekostet. Es ist besser, wir nehmen vom Internationalen Frauentag Abstand, um die Gelder für die bevorstehenden Wahlkämpfe zu haben.

An der Aussprache beteiligen sich:

Roßmann (Württemberg)⁴⁷ ist der Meinung, dass wir die Unterströmungen in den Wählermassen nicht zur Genüge verstanden haben. Unsere Werbemethoden sind zu hochstehend. R[oßmann] stellt als Beispiel unser SPD-Abzeichen in Gegensatz zum Hakenkreuz, das jeder Schulbub schmieren kann.⁴⁸

Thöne (Kassel)⁴⁹ ist der Auffassung, dass uns die »Eiserne Front« nichts an Nutzen und Vorteil gebracht habe. Der beste Beweis hierfür sei die Staatspartei, der ja alle Anhänger abgeschwommen sind.

Genossin Röhle (Frankfurt)⁵⁰ führt den Niedergang unseres Wahlergebnisses auf die Industriemisere zurück, da sich hier große Verluste zeigen. In Zukunft wird sich das Hinüberwechseln der Koziis⁵¹ zu den Nazis noch stärker bemerkbar machen (Zeiss-Werke).⁵² Sie bemängelt auch, dass das Werbematerial der Zentrale nur auf den Osten zugeschnitten sei. Aufgabe der Agrarpolitischen Zentrale muss es sein, sich der Kleinbauern anzunehmen und Abnahmestellen bei den Genossenschaften zu schaffen. Sie führt den Erfolg der Nazis bei den Frauen auf ihr mystisches Getue gegenüber unserer nackten Tagespolitik zurück.⁵³ Dann gibt sie noch ihrer Enttäuschung über die »Eiserne Front« Ausdruck, die

47 Erich Roßmann (1884–1953), 1904–15 Redakteur bei der »Schwäbischen Tagwacht«, ab 1920 Regierungsrat im Reichsarbeitsministerium und Direktor des Hauptversorgungsamtes Stuttgart, Vorsitzender des Reichsbundes der Kriegsoffer, 1924–33 Vorsitzender des SPD-Bezirks Württemberg, MdR, 1933 und 1944 KZ, 1945–48 Generalsekretär des Länderrats der amerikanischen Besatzungszone, 1948–49 Intendant von Radio Stuttgart, 1949–53 Generalsekretär der Europa-Union.

48 Vgl. Anm. 63.

49 Georg Thöne (1867–1945), Maurer, 1903–07 Gauvorsitzender des Maurerverbandes mit Sitz in Kassel, 1907–20 Sekretär der SPD Kassel, 1908–20 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung, 1912–18 MdR, 1919–20 Mitglied der Nationalversammlung, 1919–28 Landrat des Kreises Witzenhausen, 1920–24 MdR, 1928–33 Vorsitzender der Landesversicherungsanstalt für die Provinz Hessen-Nassau.

50 Möglicherweise Alma Röhle, Ehefrau von Paul Röhle (1885–1958, 1919–33 Bezirksparteisekretär für Hessen-Nassau mit Sitz in Frankfurt am Main, 1924–33 MdL Preußen, 1946–51 MdL Rheinland-Pfalz).

51 Gemeint sind die Kommunisten.

52 Vgl. demgegenüber *Rüdiger Stutz*, Im Schatten von Zeiss. Die NSDAP in Jena, in: *Detlev Heiden/Gunther Mai* (Hrsg.), Nationalsozialismus in Thüringen, Weimar/Köln u. a. 1995, S. 119–142, insb. S. 137.

53 Material zur Auseinandersetzung mit der Agitation der Nationalsozialisten unter Frauen hatte die Werbeabteilung des SPD-Parteivorstands im Februar 1932 in einem 227-seitigen Manuskript zusammengetragen und gedruckt: Nationalsozialismus und Frauenfragen. Material zur Information und Bekämpfung, [hrsg. v.] Werbeabteilung der SPD, Auskunftsdienst, Berlin 1932.

die Frauen nicht genügend berücksichtige. Der Aufmarsch der »Eisernen Front« bei den großen Kundgebungen in Frankfurt hatte zur Folge, dass keine Frauen auf der Kundgebung anwesend waren. R[öhle] wünscht den Internationalen Frauentag mit Ausgabe von Flugblatt und Broschüre.

Künstler (Berlin)⁵⁴: Alle Bezirke sind geschwächt. Er warnt davor, eine Frauenwerbung mit unzureichenden Mitteln in Angriff zu nehmen. Atempause bis Herbst. Die Notverordnungs politik hat nur Nazis gezüchtet. Auch unsere Beamtenpolitik war falsch, wir haben sie nicht zu Republikanern und Demokraten erzogen. Er verlangt eine schärfere Trennungslinie zwischen A[llgemeinem] D[eutschem] B[eamtenbund] und D[eutschem] B[eamtenbund].⁵⁵ Auf einem Reitturnier, an dem die Reichswehr offiziell beteiligt war, haben 15 Frauen von Reichswehroffizieren offen das Hakenkreuz getragen. Wir sind Geistesakrobaten geworden und bemüht, alles zu verstehen und zu begreifen, die Massen aber nicht. Wir müssen, um nicht den Weg der Staatspartei zu gehen, unsere Kampfforderungen mehr herausstellen: Arbeitsbeschaffung – Arbeitszeit!

Meitmann (Hamburg) macht Ausführungen über die systematische Schulungsarbeit bei Erwerbslosen. Die Betreuung der Erwerbslosen ist nicht nur eine soziale Aufgabe, sondern auch eine politische Arbeit. Hamburg hat in seinen Erwerbslosengemeinschaften die Teilnehmer so geschult, dass sie in der Lage sind, vor den Echoauslagen⁵⁶ Diskussionen zu führen. Er weist noch auf die Selbsthilfeeinrichtungen zur Schaffung von Fahnen und Transparenten hin. Zur Verfassungsfeier wird Hamburg unter dem Eindruck schwarz-rot-goldener Fahnen und Laternen stehen. Die KPD vermag heute nicht mehr wie früher auf die Erwerbslosen Einfluss auszuüben. Die SPD zeigt als Ausweg: Fernziel »Planwirtschaft«, Nahziel »40-Stundenwoche«. Hierfür müssen sich auch die Gewerkschaften stärker einsetzen. M[eitmann] kommt noch auf das Pioniersystem⁵⁷ zu sprechen und weist auf die vorliegenden Richtlinien hin. Es sind die Aktivgruppen der Partei, die unter der Parole »allzeit bereit« auftragsgemäß arbeiten.

Dietrich (Erfurt)⁵⁸: Wir müssen doch selbst zugeben, dass wir eine Niederlage erlitten haben. Die Notverordnungen hauen uns alles zusammen. Er ist für offenes Visier und gegen Tarnung. D[ietrich] polemisiert gegen die hohen Gehälter und fordert durch ein Parteigesetz eine Höchstgrenze. Er sieht in der nationalsozialistischen Bewegung den Protest gegen unsere Verstandespolitik.

54 Franz Künstler (1888–1942), Maschinenschlosser, 1906 SPD-Mitglied, 1917 USPD-Mitglied, 1918 Soldatenrat, 1919 Vorstandsmitglied der USPD, 1920–Mai 1924 und Dezember 1924–33 MdR (USPD, ab 1922 SPD), 1922–24 Beisitzer im SPD-Parteivorstand, 1924–33 Vorsitzender des SPD-Bezirks Berlin, April 1933 Mitglied des zentralen Parteivorstands, 1933 »Schutzhaft«, dann mehrfach KZ, an den Haftfolgen gestorben.

55 Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund war die den Freien Gewerkschaften und der SPD nahestehende Beamtenorganisation, während der Deutsche Beamtenbund in den letzten Jahren der Weimarer Republik die Dachorganisation und das Sammelbecken der konservativen, christlichen und liberalen Richtungen der Beamtenverbände war.

56 Gemeint sind offenbar Auslagen der örtlichen SPD-Zeitung »Hamburger Echo«.

57 Das »Pioniersystem« sah eine konspirativ arbeitende, flexible und verlässliche Eingreiftruppe aus vom Parteivorstand ernannten verdienten Parteimitgliedern vor, vgl. *Sascha Brejora*, *Gewalt für die Demokratie? Die Kampfverbände von SPD und SDAP (1932–1934) im Vergleich*, Magisterarbeit, Norderstedt 2007, S. 40; *Winkler*, *Der Weg in die Katastrophe*, S. 590–592.

58 Georg Dietrich (1888–1971), Buchdrucker, ab 1922 Sekretär des SPD-Bezirks Groß-Thüringen, 1924–33 MdR, seit April 1932 Mitglied des Parteivorstands, 1933 Emigration in die Schweiz, 1939 Exil in den USA, 1945 US-Bürger, Arbeit als Buchdrucker.

Ferl (Magdeburg)⁵⁹ macht den Vorschlag, sich die vielen Kleingärtnervereinigungen zunutze zu machen, an deren Spitze fast immer Sozialdemokraten stehen. Es ist ein Druck auf die Gewerkschaften auszuüben, um klarere Stellungnahme zur Arbeitsdienstpflicht zu schaffen.⁶⁰

Toni Sender (Dresden)⁶¹ meint, wir sollen nicht so stark am Parteistatut hängen. Wir müssen den Parteivorstand aktionsfähig machen durch Schaffung eines Generalstabes und Ausbau der Pressestelle sowie der Zahl der Mitarbeiter in der Werbeabteilung usw. Sie fordert bessere Spielfilme, die zeigen, was die SPD geleistet hat und was diese Leistungen für die schaffende Bevölkerung bedeuten. S[ender] schlägt vor, den Internationalen Frauentag im Juli und im Freien abzuhalten.

Gen[ossin] Wurm⁶² plädiert auch für den Internationalen Frauentag.

In der weiteren Diskussion wurde gefordert, beim Parteivorstand einen Generalstab einzusetzen, der ständig die Dinge überwacht und in wichtigen dringenden Dingen Entscheidungen treffen kann. Auch wird eine Erweiterung des Parteivorstandes gefordert.

Eine Rolle spielt in der Diskussion sehr oft das Parteiabzeichen. Gefordert wurde, ein einheitliches Abzeichen für alle Arbeiterorganisationen einzuführen, ebenfalls auch einen einheitlichen Gruß, doch wurden darüber keine Beschlüsse gefasst.⁶³

Im Schlusswort wünscht der Genosse [Hans] Vogel (Berlin), dass der Parteivorstand mehr mit diktatorischer Vollmacht ausgestattet wird. Die Bezirke werden aufgefordert, ihre be-

59 Gustav Ferl (1890–1970), Tischler, ab 1919 Sekretär der SPD in Magdeburg, 1922–33 Bezirkssekretär der SPD im Bezirk Magdeburg-Anhalt, 1924–25 MdL Preußen, 1925–33 MdR, 1932–33 kommissarischer 2. Bundesführer des Reichsbanners, 1933 Emigration, 1935 Grenzsekretär der Sopade in Brüssel, 1939–41 in Frankreich interniert, dann Flucht in die USA, 1958 Rückkehr nach Westdeutschland.

60 In seiner Sitzung am 14.6.1932 sprach sich der Bundesausschuss des ADGB unter anderem gegen eine zwangsweise Heranziehung der Jugendlichen zur Beschäftigung im Rahmen der »Arbeitshilfe« aus, vgl. die entsprechende Resolution, in: Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. 4: Die Gewerkschaften in der Endphase der Republik 1930–1933, bearb. v. Peter Jahn unter Mitarb. v. Detlev Brunner, Köln 1988, Dok. 97, S. 605. Vgl. auch Michael Schneider, Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB. Zur gewerkschaftlichen Politik in der Endphase der Weimarer Republik, Bonn-Bad Godesberg 1975, S. 141–145.

61 Toni (eigentlich Sidonie Zippora) Sender (1888–1964), Handelsschule, kaufmännische Lehre, SPD, 1917 USPD, 1920–33 MdR (USPD, ab 1922 SPD), Redaktionsleiterin der Betriebsrätezeitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, 1928–33 außerdem Redakteurin der »Frauenwelt«, 1933 Emigration, ab 1935 Exil in den USA, 1941–44 Direktorin für europäische Arbeitsforschung im Geheimdienst OSS, ab 1944 Wirtschaftsexpertin bei der »United Nations Relief and Rehabilitation Administration«, ab 1947 Vertreterin der »American Federation of Labor«, 1949–56 Vertreterin des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften beim Wirtschafts- und Sozialrat der UNO.

62 Mathilde Wurm geb. Adler (1874–1935), Sozialfürsorgerin, SPD, 1917 USPD, 1919–20 Stadtverordnete von Berlin, 1920–33 MdR (1920–22 USPD, dann SPD), 1922–23 Redakteurin der SPD-Frauenzeitschrift »Die Gleichheit«, ab 1924 Vorsitzende des Reichskomitees der Internationalen Arbeiterhilfe, ab 1928 Herausgeberin der Sozialdemokratischen Pressekorrespondenz, 1933 Emigration in die Schweiz, 1934 nach Großbritannien, dort Suizid.

63 Zu Propagandaformen der SPD und der »Eisernen Front« und den Symbolkampf »Dreipfeil gegen Hakenkreuz« zusammenfassend: Schaefer, SPD in der Ära Brüning, S. 237–263 und 345–364; Bernd Buchner, Um nationale und republikanische Identität. Die deutsche Sozialdemokratie und der Kampf um die politischen Symbole in der Weimarer Republik, Bonn 2001, S. 288–300.

sonderen Methoden dem Parteivorstand schriftlich zu unterbreiten. Das Ergebnis dieser Parteiausschusssitzung soll in Form eines Informationsmaterials den Bezirken zugehen, um in den Ortsvereinen diskutiert zu werden.⁶⁴

Der Parteivorstand verlangt, in Zukunft durch ein Mitglied zu den Sitzungen der Bezirksvorstände geladen zu werden und dabei vertreten zu sein.

Heinrich Vogel

⁶⁴ Als Material, das als Ergebnis der Parteiausschusssitzung den Bezirken zugehen sollte, ist nur die in Anm. 8 der Einleitung genannte Broschüre feststellbar. Sie trägt auf dem Titelblatt den Aufdruck: »An die Ortsvereine! Wir bitten dieses Referat des Genossen Hilferding den Parteimitgliedern ebenso zur Kenntnis zu bringen, wie wir es im Zirkular vom 9. Mai empfohlen haben. Berlin, den 12. Mai 1932[.] Der Parteivorstand«.

DOKUMENT 2

AdsD, SPD-Landesorganisation Hamburg, Nr. 1629
Maschinenschriftlich, Durchschlag auf Schreibmaschinenpapier, 5 S.

Protokoll von der Sitzung des Bezirksfrauenausschusses [der SPD] Hamburg-Nordwest
am Freitag, dem 23. September 1932, in Hamburg¹

Anwesend: Andresen, Reitze², Günther³, Stiegler⁴, Hölscher⁵, Lange⁶, Hagemann⁷, Janssen⁸, Stolten, [Fauth]⁹

Genossin Andresen eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Bezirksfrauenausschusses, der nach langer Pause endlich einmal wieder zusammentritt. Sie erteilt der Genossin Hanna Reitze das Wort zum Bericht über die am 20. September [1932] in Berlin stattgefundene Parteiausschusssitzung.

Hanna Reitze: gibt einen Einblick in die Auseinandersetzungen innerhalb der Partei über die politische Lage und Taktik der Partei. Die organisatorischen Fragen, die im Parteiaus-

1 Die Sitzung war für 10.30 Uhr im Haus des SPD-Bezirksverbandes in Hamburg, Große Theaterstraße 42, angesetzt. Vgl. Einladungsschreiben Olga Stolten vom 19.9.1932, in: AdsD, SPD-LO Hamburg, 1629.

2 Johanne (Hanna) Reitze geb. Leopolt (1878–1949), Hausangestellte, Arbeiterin, 1916–33 Mitglied des SPD-Bezirksvorstands Groß-Hamburg beziehungsweise Hamburg/Nordwest, 1919–21 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, 1919–November 1932 Mitglied der Nationalversammlung beziehungsweise MdR (SPD), 1944 mehrere Wochen inhaftiert, nach 1945 Mitarbeit beim Wiederaufbau der Arbeiterwohlfahrt.

3 Hedwig Günther geb. Brosterhues (1896–1966), Kontoristin, Buchhalterin, 1925–28 Distriktsfrauenleiterin in Hamburg-Barmbek, 1928–33 Vorsitzende des Frauen-Aktionsausschusses im SPD-Unterbezirk Hamburg, Mitglied des Unterbezirksvorstands, 1933 zeitweise verhaftet, 1946–57 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft (1946–49 Schriftführerin), 1947–53 Deputierte der Schulbehörde.

4 Anna Stiegler geb. Behrend gesch. Vogt (1881–1963), 1919–33 Mitglied der Bremer Bürgerschaft (USPD, ab 1922 SPD), 1922–33 Vorsitzende der Frauengruppe im SPD-Unterbezirk Bremen, 1935 zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt, 1940–45 KZ Ravensbrück, 1946–63 wieder Mitglied der Bremer Bürgerschaft (1951–56 Vizepräsidentin).

5 Christine Hölscher (1889–1963), SPD-Mitglied aus Vegesack, vermutlich Ehefrau von August Hölscher (1885–1961, 1913–33 Geschäftsführer des Holzarbeiterverbandes in Vegesack und Geschäftsführer des dortigen Gewerkschaftshauses).

6 Anni Lange, Leiterin der Frauengruppe im SPD-Unterbezirk Unterelbe, Sitz Stade, vermutlich identisch mit Anni Lange (1904–1977), Kontoristin, Hausfrau, 1954–55 und 1958–59 MdL Niedersachsen.

7 Auguste Hagemann geb. Martin (1892–1956), ab 1918 SPD-Mitglied, aktiv bei der Arbeiterwohlfahrt, vor 1933 Leiterin der Frauengruppe im SPD-Unterbezirk Hemelingen, 1935 von der Anklage der Vorbereitung zum Hochverrat freigesprochen (für diese Angaben danke ich dem Staatsarchiv Bremen).

8 Flora Janssen geb. Fricke (1887–1958), Hausfrau, SPD-Mitglied in Wesermünde, 1929–33 Bürgervorsteherin (Stadtverordnete) in Wesermünde. (Für diese Angaben danke ich dem Stadtarchiv Bremerhaven.)

9 Die Anwesenheit Gottlob Fauths ergibt sich aus der Tatsache seiner unten festgehaltenen Diskussionsbeiträge. – Gottlob Fauth (1880–1938), Schmied, 1912–19 Angestellter beim Deutschen Metallarbeiter-Verband in Bremen, 1919–33 Sekretär des SPD-Bezirks Hamburg/Nordwest mit Sitz in Bremen, ab 1924 Hamburg, unter anderem zuständig für den Bezirksbildungsausschuss, 1919–20 Mitglied der Bremer verfassunggebenden Nationalversammlung, 1920–24 Mitglied der Bremer Bürgerschaft.

schuss behandelt wurden, werden ja noch in den Unterbezirken erörtert. Wels¹⁰ betont in seinen Ausführungen, dass es guter alter Brauch wäre, die Lasten der Verantwortung auf die Bezirke mit zu verteilen. In Abständen von je vier Wochen hat der Parteiausschuss getagt¹¹ und zu allen aktuellen Fragen Stellung genommen. Der Parteivorstand hat auch verschiedentlich in besonderen Sitzungen sich mit allen politischen und inneren Angelegenheiten beschäftigt. Auch die Reichstagsfraktion hat wiederholt Stellung genommen, so dass eine Verantwortung für Alle vorliegt. Bei der Aussprache über die politische Situation wies Wels auf die Sorgen innerpolitischer Art hin, auf das Anwachsen der Nazis, ihre Drohungen und Gewaltakte. Auch außenpolitisch drohen immer neue Gefahren. Jetzt hat die Papenregierung es fertiggebracht, Deutschland gänzlich zu isolieren.¹² Wels ist der Auffassung, dass der Rückzug der Papenregierung unbedingt kommen muss. Fragen der Innenpolitik: Man hat Hindenburg viel erzählt und er hat sich auch viel erzählen lassen, – aber dass man alles mit der Verfassung machen könne, ist auch ihm nicht einzureden. Hitler steht da als der betrogene Betrüger. Papen¹³ muss gestürzt werden, aber auch Hitler muss von seinen Millionen fallen gelassen werden. Wir wünschten, dass dieser Prozess sich schneller vollzieht, aber wir sehen leider, dass es nicht der Fall ist. Wels wies dann auf die Ausführungen von Theodor Wolff¹⁴ im Berliner Tageblatt¹⁵ hin und betont, dass die Partei noch nie so einig gewesen sei wie am 20. Juli [1932].¹⁶ Freilich zerbrach manches in uns, aber unser Verhalten sicherte uns den 31. Juli, den Wahltag. Das war unsere gemeinsame Auffassung, unsere gemeinsame Parole.¹⁷ Wir sollen jetzt von vielen in Fürsorge genom-

- 10 Otto Wels (1873–1939), Tapezierer, 1906 hauptamtliche Tätigkeit für den Verband der Tapezierer, 1907 Parteisekretär der SPD in Brandenburg, ab 1913 Mitglied des Parteivorstands, 1912–18 MdR, 1919–39 Mitvorsitzender der SPD beziehungsweise Exil-SPD, 1919–33 Mitglied der Nationalversammlung beziehungsweise MdR, 1920–33 Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der Reichstagsfraktion, 1931–33 Vorsitzender der »Eisernen Front«, 1933 Emigration, in Frankreich gestorben.
- 11 Nach der Sitzung vom 4.5.1932 (Dok. 1) sind Sitzungen des Parteiausschusses festzustellen für den 7.6., 21.7. und 5.8.1932 (vgl. Sozialdemokratischer Pressedienst, 7.6.1932, S. 3; 21.7.1932, S. 5; 5.8.1932, S. 3).
- 12 Nachdem sie auf der Genfer Abrüstungskonferenz keine Fortschritte im Bemühen um die Anerkennung der militärischen Gleichberechtigung hatte erzielen können, hatte die Regierung Papen Mitte September 1932 beschlossen, nicht mehr an den Verhandlungen in Genf teilzunehmen, vgl. *Karl Heinz Minuth*, Einleitung, in: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett Papen, Bd. 1, Boppard 1989, S. XXXII.
- 13 Franz von Papen (1879–1969), bis 1919 Berufsoffizier (unter anderem 1914–15 Militärattaché in Washington), Gutsverwalter, 1921–28 und 1930–32 MdL Preußen (Zentrum), Aufsichtsratsvorsitzender des Zentrumsorgans »Germania«, 1.6.–17.11.1932 Reichskanzler (aus dem Zentrum ausgeschieden), 20.7.1932–7.4.1933 Reichskommissar für Preußen, 1933–34 Stellvertreter des Reichskanzlers, 1934–38 Gesandter in Wien, 1939–44 Botschafter in Ankara.
- 14 Theodor Wolff (1868–1943), 1906–33 Chefredakteur des linksliberalen »Berliner Tageblatt«, Mitbegründer und zeitweise Vorstandsmitglied der DDP, 1926 ausgetreten, 1933 Emigration, 1943 in Nizza von den italienischen Behörden an die Gestapo ausgeliefert, Gefängnis, KZ, nach Misshandlungen im Berliner Jüdischen Krankenhaus gestorben.
- 15 Gemeint ist vermutlich der Artikel von T[heodor] W[olff] »Was tut Lehmann?«, in: Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung, 18.9.1932, S. 1f. Dort schrieb Wolff unter anderem: »Bleibt für diejenigen Republikaner, denen die Berührung nicht zu vulgär ist, die Sozialdemokratie. [...] Immerhin ist sie in diesem Augenblick die einzige konsequente Opposition.«
- 16 Zur Absetzung der geschäftsführenden Regierung Preußens durch Reichskanzler von Papen am 20.7.1932 umfassend: *Winkler*, Der Weg in die Katastrophe, S. 646–680; zur juristischen Seite vgl. *Huber*, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. VI, S. 743, und Bd. VII, S. 1120–1130.
- 17 Das Argument, es dürfe kein Vorwand für eine Absage der Reichstagswahl vom 31.7.1932 geliefert werden, war eines der wichtigsten gegen einen aktiven Kampf gegen die Absetzung der

men werden, siehe Artikel im Tagebuch.¹⁸ Den abstrakten Führergedanken haben wir immer abgelehnt. In den Neuen Sozialistischen Blättern¹⁹ werden wir als Dumme Jungen hingestellt.²⁰ Alle Beschlüsse sind mit allen in Betracht kommenden Organisationen gefasst [worden], auch dem Reichsbanner. Das Volksbegehren soll die Arbeiterschaft wieder zusammenführen.²¹ Wels verwies dann noch auf den Plan Hitlers, Hindenburg mit den Artikeln 43 und 51 der Reichsverfassung²² zu stürzen, wies auch noch auf andere Pläne Hitlers²³ hin, über die er in der Sportpalastversammlung weitere Ausführungen gemacht hat.²⁴

In der Diskussion nahm zuerst die Genossin Wurm das Wort. Sie wünscht vom Genossen Wels nähere Aufklärung über unsere Stellungnahme zur Tolerierungspolitik und unser Verhalten am 20. Juli. Die Massen sind enttäuscht gewesen. In Reichsbannerkreisen wird behauptet, dass 15.000 Reichsbannerkameraden gerüstet da gestanden hätten, aber nicht eingesetzt worden seien. Es ist höchste Zeit, dass die Severingbroschüre herauskommt, damit die Genossen sich ein Bild machen können von den Vorgängen am 20. Juli und de-

preußischen Regierung gewesen, vgl. *Winkler*, Der Weg in die Katastrophe, S. 661–669; *Wolfgang Benz/Immanuel Geiss*, Staatsstreich gegen Preußen, 20. Juli 1932, hrsg. v. Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen – Landeszentrale für politische Bildung, Düsseldorf o. J. [1982], S. 28–30. Zu den Ergebnissen der Reichstagswahl vom 31.7.1932 vgl. *Falter/Lindenberger/Schumann*, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 44.

- 18 Gemeint ist die von Leopold Schwarzschild herausgegebene, in München erscheinende links-liberale Wochenschrift »Das Tagebuch« und hier offenbar besonders der Artikel von »Monitor« in der Ausgabe vom 10.9.1932 mit dem Titel »Schluss mit Wels & Co.« (S. 1410–1413). Zum Verfasser merkte die Redaktion an: »Eine Vereinbarung mit dem Verfasser nötigt uns, weder seinen Namen zu nennen noch Andeutungen über seinen »politischen Ort« zu machen. Wir bedauern das, da es an sich schon signifikant wäre.« In einem Artikel zur Verteidigung von Wels in: Das freie Wort. Sozialdemokratisches Diskussionsorgan 4, 1932, H. 38, 18.9.1932, S. 31f., heißt es, hinter den Angriffen steckten »staatsparteiliche Journalisten« und »staatsparteiliche Schreiber«. Der »Sozialdemokratische Pressedienst« behauptete, den Urheber der Angriffe gegen Wels zu kennen, nannte aber keinen Namen (vgl. Sozialdemokratischer Pressedienst, 16.9.1932, S. 3).
- 19 Gemeint: Neue Blätter für den Sozialismus. Zeitschrift für geistige und politische Gestaltung, hrsg. v. *Eduard Heimann/Fritz Klatt/August Rathmann* u. a., Potsdam 1930–1933.
- 20 Vgl. die Artikel von »*Florian Geyer*« (d. i. *Hans Muhle*), in: Neue Blätter für den Sozialismus, Juni 1932 (S. 281–286), Juli 1932 (S. 337–347), August 1932 (S. 393–403) und September 1932 (S. 449–458) sowie von *August Rathmann*, August 1932 (S. 403–412). Zur Haltung der »Neuen Blätter für den Sozialismus« allgemein vgl. *Stefan Vogt*, Nationaler Sozialismus und Soziale Demokratie. Die sozialdemokratische Junge Rechte 1918–1945, Bonn 2006, S. 125–151; *Siegfried Heimann/Franz Walter*, Religiöse Sozialisten und Freidenker in der Weimarer Republik, Bonn 1993, S. 221–227.
- 21 Am 12.9.1932 hatte die SPD-Fraktion im Reichstag die Einleitung eines Volksbegehrens zur Aufhebung des sozialpolitischen Teils der Notverordnung zur Belebung der Wirtschaft vom 4.9.1932 beantragt, vgl. *Franz Osterroth/Dieter Schuster*, Chronik der deutschen Sozialdemokratie. Daten – Fakten – Hintergründe, Bd. 1: Von den Anfängen bis 1945, Bonn 2005, S. 396; Sozialdemokratischer Pressedienst, 12.9.1932, S. 4, 5 und 7.
- 22 Nach Art. 43 der Reichsverfassung vom 11.8.1919 konnte der Reichspräsident auf Antrag des Reichstags, zu beschließen mit Zweidrittelmehrheit, durch Volksabstimmung abgesetzt werden. Ein solcher Beschluss des Reichstags hinderte den Reichspräsidenten an seiner weiteren Amtsausübung, wobei er nach Art. 51 bis zur Wahl eines neuen Präsidenten durch den Reichskanzler vertreten wurde.
- 23 »Hitlers« wurde in der Vorlage handschr. geändert aus: »Hindenburgs«.
- 24 Gemeint ist vermutlich die Rede Hitlers auf der NSDAP-Versammlung im Sportpalast in Berlin vom 1.9.1932, vgl. Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933, hrsg. v. Institut für Zeitgeschichte, Bd. V, T. 1: April 1932–September 1932, hrsg. u. komm. v. *Klaus A. Lankheit*, München/New Providence u. a. 1996, Dok. 178, S. 325–329.

nen vorher seit dem 24. April [1932], der Preußenwahl.²⁵ Angesichts der Außenpolitik und der wehrpolitischen Vorgänge ist es ferner unbedingt notwendig, dass die Frauen zu großen Friedenskundgebungen zusammengerufen werden. Unter allen Umständen müssen [wir] uns agitatorisch für den Frieden einsetzen, und dürfen das auf keinen Fall den bürgerlichen Frauenorganisationen allein überlassen. Litke²⁶ ist anderer Auffassung als die Genossin Wurm und meint, die Friedenskundgebungen müssen allgemein durchgeführt werden, nicht nur von den Frauen. Wichtiger ist seiner Meinung nach auch die Frage: Wie steht das Reichsbanner zur Stülpnagel-Organisation, die mit Ausnahme der Rotfrontjugend alle Jugendorganisationen zu sportlichen Übungen zusammenfassen will.²⁷ Böchel²⁸ hält es für einen Wahnsinnsplan, wenn Part[ei]mitglieder behaupten, wir hätten am 20. Juli losschlagen müssen. Inne[r]halb [von] zwei Stunden wäre ein ungeheures Blutbad angerichtet und die Arbeiterschaft wäre das Opfer gewesen. Er bittet alle Parteimitglied[er], ob sie an verantwortlicher Stelle stehen oder einfache Funktionäre sind, sich doch diese Frage einmal ganz ernsthaft vor[zu]legen, ob wir am 20. Juli unsere Leute mit der Waffe in der Hand hätten auf die Straße schicken können. Da kann es seines Erachtens nur ein geschlossenes Nein geben.²⁹

25 Eine Broschüre von Carl Severing, dem langjährigen preußischen SPD-Innenminister, oder über ihn, die Bezug auf die Vorgänge um den 20. Juli 1932 nimmt, wurde nicht ermittelt. Allerdings erschien 1932 im Historisch-Politischen Verlag in Berlin die folgende Broschüre: *Hans Menzel*, Carl Severing, Berlin 1932. Diese stellt auf 87 Seiten die Biografie, die Persönlichkeit und die Verdienste Severings heraus, nimmt im Text jedoch keinen Bezug auf Ereignisse, die jünger sind als der 9.8.1931 (Scheitern des vom »Stahlhelm« initiierten Volksentscheids für eine Auflösung des preußischen Landtags).

26 In der Vorlage »Lidke«. – Karl (Carl) Litke (1893–1962), Steindrucker, 1922–26 Angestellter der Ortskrankenkasse Berlin der Lithographen und Steindrucker, 1927–33 hauptamtlicher Sekretär des Hauptverbandes Deutscher Krankenkassen, 1922–33 2. Vorsitzender des SPD-Bezirks Groß-Berlin, ab Juni 1931 Beisitzer im Parteivorstand, 1928–33 MdR, Juni–Dezember 1933 in Haft, 1945 Hauptabteilungsleiter der Versicherungsanstalt Berlin, Mitglied des Zentralkomitees der SPD, 1946–50 Mitglied des Zentralvorstands der SED, 1946–48 Fraktionsvorsitzender der SED in der Berliner Stadtverordnetenversammlung, 1948–50 Verwaltungsdirektor der Hauptverwaltung Arbeit und Gesundheitswesen der Deutschen Wirtschaftskommission, 1950–53 Hauptabteilungsleiter im Ministerium für Arbeits- und Gesundheitswesen der DDR, 1950–54 Kandidat des Zentralkomitees der SED.

27 Gemeint ist das von dem General a. D. Edwin von Stülpnagel als geschäftsführendem Präsidenten geleitete »Reichskuratorium für Jugendertüchtigung«. Diese Einrichtung des Reichsinnenministeriums unter Aufsicht der Reichswehr sollte der Führerausbildung der Wehrverbände dienen und deren Integration in die Reichswehrpläne zum Aufbau einer einheitlichen Miliz vorbereiten. Zur Kontroverse in der SPD um die Haltung des Reichsbanners zum Reichskuratorium vgl. das Protokoll der Sitzung des Parteiausschusses vom 10.11.1932, in: *Schulze*, Anpassung oder Widerstand, S. 72–91; *Karl Rohe*, Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Ein Beitrag zur Geschichte der Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1966, S. 448–451; *Pyta*, Gegen Hitler und für die Republik, S. 228.

28 In der Vorlage »Böckel«. – Karl Böchel (1884–1946), Schlosser, 1924–33 Vorsitzender des SPD-Bezirks Chemnitz/Erzgebirge, 1926–33 MdL Sachsen, 1928–30 Fraktionsvorsitzender, März 1933 in den Parteivorstand gewählt, dann Emigration, Mitglied des Sopade-Büros in Prag, Mitbegründer des »Arbeitskreises Revolutionärer Sozialisten Deutschlands«, 1935 aus der Sopade ausgeschlossen, 1938 nach Norwegen, während der deutschen Besatzung schwer krank in einem Krankenhaus verborgen.

29 Zur Frage, ob ein bewaffneter Widerstand gegen die Absetzung der preußischen Regierung aussichtsreich und zu verantworten gewesen wäre, vgl. zusammenfassend: *Thomas Alexander*, Carl Severing. Sozialdemokrat aus Westfalen mit preußischen Tugenden, Bielefeld 1992, S. 201–205, und *Thomas Albrecht*, Für eine wehrhafte Demokratie. Albert Grzesinski und die preußische Politik in der Weimarer Republik, Bonn 1998, S. 319–323.

Junke³⁰: Wir haben eine gute Tradition, uns immer gegense[itig] zu bekämpfen. Wenn irgendjemand eine Schlappe erlitten [hat], gibt er immer jemand anderm die Schuld.

Meitmann: Der Ablauf der politischen Wandlung ist den Fernstehenden nicht so geläufig. Darum ist es erklärlich, dass die Diskussionen über den 20. Juli aus unseren Reihen nicht weggefegt werden können. Nach dem 20. Juli verbreitete sich zwangsläufig die Auffassung, unsere Politik seit 1918 wäre falsch gewesen. Gewiss, unsere Politik war nicht fehlerfrei, aber sie war richtig. Jetzt aber stehen wir außerhalb der Staatsmacht. Wir müssen in die Zukunft sehen! Es muss jetzt nicht heißen: Koalitionspolitik schlechthin, sondern³¹ Sammlung der sozialistischen Front, Führung des Proletariats durch uns, mit dem Ziel, die Staatsmacht wieder an uns zu reißen. Wir müssen deshalb draußen eine andere Taktik einschlagen, die unser Wollen und unseren Willen deutlicher erkennen lässt. Das können wir aber nicht mit dem bisherigen Sammelbegriff »Demokratie«. Es muss ein andres Gesicht herausgestellt werden. Unsere Taktik soll auf die Herstellung einer Einheitsfront zugeschnitten sein. Sozialistisches Denken im Unterbewusstsein vieler muss zum Bewusstsein gebracht werden.³² Dieses neue sozialistische Denken muss jedoch von rührigen, geistig fähigen und regsamen Menschen ausgeführt und den Massen nahegebracht werden. M[eitmann] verwies darauf, dass wir insbesondere in der Werbeleitung Köpfe haben müssten, die dieser Aufgabe gewachsen wären, und er schlägt vor, dass innerhalb des Parteivorstandes zwei Genossen, die den neuen Anforderungen gewachsen sind, an deren Stelle gesetzt werden. Er betont, dass die Hamburger Partei hinter dieser seiner Auffassung stehe.

Künstler: Nach seiner Auffassung sind die Verfasser der Tagebuchartik[el] niemand anders als Walther Oehme³³ und der Professor mit dem chinesische[n] Namen.³⁴ Letzterer hat innerhalb der Partei nach einem Posten gesucht, das ist ihm nicht geglückt, daher diese Machenschaften. Außerdem kommen solche Treibereien auch aus Reichsbannerkreisen. Es wird höchst[te] Zeit, dass Höltermann³⁵ aus seiner Umgebung herauskommt.

30 Paul Junke (1886–1945), Schlosser und Dreher, 1919–21 Sekretär des USPD-Bezirks Eisenach, 1921–22 Sekretär des Bezirks Braunschweig, 1922–33 Sekretär des SPD-Bezirks Braunschweig, 1920–24 MdL Braunschweig (USPD, dann SPD), 1924–Juli 1932 MdR, 1933 Emigration, 1940–42 in Frankreich interniert, 1942–43 in Südfrankreich versteckt, dann Exil in der Schweiz.

31 Das ursprünglich folgende Wort ist durch »xxx« unleserlich gemacht worden.

32 Zur Wandlung des politischen Konzepts der SPD nach Ende des Zwangs zur Tolerierung des Kabinetts Brüning vgl. *Pyta*, Gegen Hitler und für die Republik, S. 235–245. Vgl. auch den Artikel von *Erich Rinner*, Sozialistisches Kampfprogramm. Umbau der Wirtschaft, in: Das freie Wort, 28.8.1932, S. 1–5.

33 Walter Oehme (1892–1968), ab 1912 Arbeit für die SPD, dann die USPD und die Deutsche Liga für Menschenrechte, 1918–19 Referent in der Reichskanzlei, später bis 1933 Chefredakteur des »12 Uhr Mittagblatt«, ab 1933 Auslandskorrespondent, Juni 1945 Chef des städtischen Nachrichtenamtes Dresden, August–November 1945 kommissarischer Oberbürgermeister von Görlitz, Dezember 1945 zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt, 1956 rehabilitiert.

34 Eine sichere Identifizierung der hier gemeinten Person war nicht möglich. Eventuell liegt ein Hör- oder Übertragungsfehler vor. Als im Umfeld der SPD aktiver Hochschulwissenschaftler mit ungewöhnlichem Namen käme allerdings Sergej S. Tschachotin (Čachotin) infrage, der über die Frage der Führung des Kampfes gegen die NSDAP in Konflikt mit Wels geriet und dessen Führungsarbeit scharf kritisierte. Vgl. *Richard Albrecht*, Symbolkampf in Deutschland 1932. Sergej Tschachotin und der »Symbolkrieg« der Drei Pfeile gegen den Nationalsozialismus als Episode im Abwehrkampf der Arbeiterbewegung gegen den Faschismus in Deutschland, in: *IWK* 22, 1986, S. 498–533, insb. S. 514f., 524 und 528–530.

35 Karl Höltermann (1894–1955), Schriftsetzer und Journalist, 1915–1918 Kriegsdienst, ab 1920 Redakteur, später Chefredakteur der »Magdeburger Volksstimme«, 1924 Mitbegründer und 2. Vorsitzender des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, 1930 Initiator der »Schufo«, 15.12.1931

Buchwitz³⁶: Innerhalb der Nazibewegung machen sich starke Zersetzungserscheinungen bemerkbar. Wir haben es wiederholt erlebt, dass Leute von der SA wie von der SS zu uns gekommen sind und gesagt haben: Wir machen nicht mehr mit. Diese Enttäuschten müssen wir für uns gewinnen. Partei und Reichsbanner müssen besser zusammenarbeiten.

Breitscheid³⁷: Anonyme Artikelschreiber sollten einer solchen großen Partei wie die unsrige gar nichts anhaben können. Aber weil diese Artikel Tatsachen enthalten, die nur Eingeweihten bekannt sind, können wir annehmen, dass diese Zersetzungsarbeit aus unseren eigenen Reihen kommt. Die Angriffe auf unsere Tolerierungspolitik kommen von denjenigen, die sich bis zum 20. Juli noch als Beamte in Preußen wohlgeföhlt haben und bis dahin immer zur Tolerierung angehalten haben. Gleichberechtigung der Jugend, jawohl. Aber die Jungen können die Erfahrung der Alten nicht entbehren. Breitscheid ersucht Meitmann, positivere Vorschläge zur Erneuerung des P[artei]v[orstands] zu machen. Betr[effs] des Reichsbanners müssen wir uns an die Abmachungen halten: Das Technisch-Militärische ist Aufgabe des Reichsbanners, die Politik bestimmt die Partei.

Ferl: Der 20. Juli ist bei uns noch nicht erledigt. Wir müssen Aufklärung darüber geben, dass es organisatorisch und politisch nicht möglich³⁸ war, den Kampf auszutragen. Dem Genossen Wels sagen wir noch einmal: Partei und Reichsbanner müssen besser miteinander arbeiten.

Roßmann: Reformvorschläge für die Partei sind zu begrüßen. Wohl brauchen wir Fehler nicht zu beschönigen, aber wir brauchen sie auch nicht besonders herauszustellen.

Crispien³⁹: Setzt sich mit Meitmann auseinander über unsere Stellung zur Demokratie. Die sozialistische Republik lässt sich nur durchsetzen bei entsprechender politischer Macht und Freiheit. Regierung der Mehrheit ist doch Demokratie. Der Kreis der Intellektuellen Hamburgs ist abwegige[r] Meinung, diese können wir uns nicht zu eigen machen. Es muss auch schon gesagt werden, wer aus dem Parteivorstand ausscheiden soll.

mit dem geschäftsführenden Vorsitz des Reichsbanners beauftragt, ab 3.7.1932 Bundesführer, Mitorganisator der »Eisernen Front«, Juli 1932–1933 MdR, 1933 Emigration, zuletzt in Großbritannien.

36 Otto Buchwitz (1879–1964), Eisendreher und Metalldrücker, 1907–14 Sekretär des Deutschen Textilarbeiterverbandes in Jahnsdorf (Erzgebirge), 1914–18 Kriegsdienst, 1919–32 Bezirkssekretär der SPD für Niederschlesien mit Sitz in Görlitz, 1921–24 MdL Preußen, 1924–33 MdR, 1933 Flucht nach Dänemark, 1940 in NS-Haft, 1941 zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt, 1945 Landesvorsitzender der SPD, 1946–48 Landesvorsitzender der SED in Sachsen, ab 1946 Mitglied des Parteivorstands beziehungsweise des Zentralkomitees der SED, 1946–52 Landtagspräsident in Sachsen, 1949–64 Alterspräsident der Volkskammer.

37 Rudolf Breitscheid (1874–1944), Studium der Nationalökonomie, 1898 Promotion, anschließend Journalist, 1903 Mitglied der Freisinnigen Vereinigung, 1908 Mitglied der Demokratischen Vereinigung, 1912 Mitglied der SPD, 1904 Mitglied des Brandenburgischen Provinziallandtags, 1917 USPD-Mitglied, 1918–19 preußischer Innenminister, 1920–33 MdR (1920–22 USPD, dann SPD), ab 1922 außenpolitischer Sprecher der SPD-Reichstagsfraktion, ab 1928 Mitvorsitzender der SPD-Reichstagsfraktion, 1931 Mitglied des Parteivorstands, 1933 Emigration, 1941 von Vichy-Behörden ausgeliefert, im KZ Buchenwald bei Luftangriff umgekommen.

38 Das ursprünglich folgende Wort »ist« wurde in der Vorlage maschinenschr. durch »xxx« getilgt.

39 Artur (Arthur) Crispien (1875–1946), Theatermaler, Krankenkassenangestellter, Journalist, 1906–12 Sekretär des SPD-Bezirks Westpreußen, 1912–14 Redakteur der »Schwäbischen Tagwacht«, dann Herausgeber der Wochenzeitschrift »Der Sozialdemokrat«, 1917 USPD-Mitglied, 1918–19 Vizepräsident und Innenminister der Provisorischen Regierung Württembergs, 1919–22 Vorsitzender der USPD, 1922–33 Mitvorsitzender der SPD, 1919 MdL Württemberg, 1920–33 MdR (USPD, ab 1922 SPD), 1933 Emigration, in der Schweiz gestorben.

Gerlach⁴⁰: Die Verständigung in den Spitzen scheint zu fehlen. Er schlägt vor, einen Reichskommissar des Reichsbanners in den Parteivorstand zu entsende[n.]

Höltermann verwies auf die Zustände, die er vorfand, als er das Reichsbanner übernahm. Durch die Miniarbeit Hörsings⁴¹ waren ihm besondere Schwierigkeiten gemacht worden. Er verstehe nicht, dass Künstler und Wels sich noch so besonders für Hörsing noch nach seinem Ausscheiden aus dem Reichsbanner eingesetzt haben.

Meitmann wendet sich nochmals gegen Crispian, den er offenbar missverstanden hat. Er betont und unterstreicht noch einmal seine Forderung, die er im ungeteilten Einverständnis mit der Hamburger Partei gestellt habe. Er will keine Einheitsfront mit der KPD, sondern nur die an der Peripherie stehenden Nazis und Kozis für unsere Bewegung auffangen. Wegen der zwei aus dem Parteivorstand auszuscheidenden Genossen könne er nicht noch deutlicher werden.⁴²

Breitscheid: Meitmann hat Crispian missverstanden. Das Grundsätzliche, das Cr[ispian] hervorgehoben hat, galt nicht M[eitmann], sondern den Hamburger Intellektuellen um Prof[essor] Heimann.⁴³ Breitscheid und auch Hans Vogel ersuchen M[eitmann] um Namhaftmachung derjenigen, die aus dem P[artei]v[orstand] auszuscheiden haben.

[Hans] Vogel zu Höltermann: In der Frage der Wehrpolitik darf⁴⁴ es keine⁴⁵ Gegensätze zwischen Partei und Reichsbanner geben. Die Stülpnagel-Organisation bedeutet nichts anderes als eine Institution gegen die Arbeiterschaft. Höltermann muss sich eben auf unsere Haltung in der Wehrfrage beschränken.

Wels-Schlusswort: Mir lag daran, Hörsing seiner Verbitterung zu entreißen. Ferl und Höltermann waren bei mir wegen der Spannung zwischen mir und Höltermann.⁴⁶ Wir haben uns über alle Dinge ausgesprochen und sind im vollen Einverständnis auseinandergegangen. Versprochen wurde gegenseitige bessere Unterrichtung. Zuerst hat sich Höltermann an diese Abmachungen gehalten, später aber nicht mehr, vielleicht wegen Arbeitshäufung. Die Tatsache besteht aber, dass die Verbindung zwischen Parteivorstand und Höltermann von ihm nicht mehr aufrechterhalten wurde. Gegen Meitmann: Der Parteivorstand hat

40 »Gerlach« in der Vorlage am linken Rand handschr. ergänzt. – Paul Gerlach (1888–1944), Schriftsetzer, ab 1910 Redakteur an sozialdemokratischen Zeitungen in Iserlohn und Düsseldorf, 1915–18 Kriegsteilnehmer, 1922 Landesrat bei der rheinischen Provinzialverwaltung in Düsseldorf, 1926–33 Vorsitzender des SPD-Bezirks Niederrhein, 1928–33 MdR, 1933 als Beamter entlassen, »Schutzhaft«, im KZ Sachsenhausen umgekommen.

41 Otto Hörsing (1874–1937), Kesselschmied, 1919–20 Reichs- u. Staatskommissar für Schlesien und Posen, 1919–22 MdR (SPD), 1924–33 MdL Preußen, 1920–27 Oberpräsident der preußischen Provinz Sachsen, 1924–2.7.1932 (ab 15.12.1931 nur noch nominell) Bundesführer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, am 3.7.1932 wegen parteischädigenden Verhaltens aus der SPD ausgeschlossen, Mitbegründer der Sozialrepublikanischen Partei.

42 Nach Hans J. L. Adolph waren die Parteivorstandsmitglieder, die Meitmann ausgetauscht sehen wollte, Crispian und Wilhelm Dittmann, vgl. *Adolph, Otto Wels*, S. 248.

43 Eduard Heimann (1889–1967), religiöser Sozialist, ab 1925 Professor für Volkswirtschaft an der Universität Hamburg, 1928 Teilnehmer an der Heppenheimer Konferenz der Jungsozialisten, ab 1930 Mitherausgeber der »Neuen Blätter für den Sozialismus«, 1933 Emigration, Professur in den USA, 1958 Rückkehr.

44 Maschinenschr. geändert aus: »bedarf«.

45 Handschr. geändert aus: »keiner«.

46 Zu den bis in die Zeit der Emigration anhaltenden Spannungen zwischen Wels und Höltermann vgl. *Adolph, Otto Wels*, S. 177–180.

doch durch den Eintritt Löbes⁴⁷ in die Vorwärtsredaktion frische Kräfte hereinbekommen. Löbe hat vom P[artei]v[orstand] insbesondere die Aufgabe erhalten, für die Propaganda entsprechende Anregungen zu geben. Die Schreibereien im Tagebuch können die Partei nicht treffen. Bedauerlich ist nur, dass die in den Artikeln benannten Genossen sich nicht veranlasst fühlen, in der Parteipresse von diesen Machenschaften abzuweisen [sic!]. Wir sind eine Schicksalsgemeinschaft und müssen uns bemühen, allen Liebe und Verständnis entgegenzubringen.⁴⁸ –

[I.] In der anschließenden Aussprache über den Bericht aus der P[artei]A[usschuss]sit- zung begrüßt die Genossin Hölscher die Ausführungen der Genossin Wurm. In Reichs- bannerkreisen muss mehr Aufklärung über die Stellung der Partei am 20. Juli gegeben werden. Fauth: Beim Reichsbanner dreht es sich meistens um die Frage: Angriff oder Verteidigung. Haben wir denn nicht friedlichere Mittel? Fauth weist auf Österreich hin, wo unsere Genossen durch ihr Verhalten die Starhemberg⁴⁹ und Kons[orten] überwunden hätten.⁵⁰ Die Kritik im Tageblatt und im Tagebuch kann auch von gegnerischer Seite kom- men, die irgendwelche Indiskretionen benutzen, um uns durcheinanderzuschütteln. Unse- re Stellung zur Koalition ergibt sich doch aus der veränderten Konstellation. Wir haben eben kein liberales Bürgertum mehr, mit dem wir koalieren können. Unsere Koalitions- politik zwang uns zu Rücksichten auf den Gegner. Die Kritik der Jungen ist berechtigt. [Der] P[artei]V[orstand] muss die Empfindlichkeit ablegen. Wir müssen mehr die histo- rische Schuld des Kapitalismus und das Endziel unseres Kampfes, seine Überwindung aufzeigen. Hedwig Günther zur Erneuerung der Parteiführung: Der Vorschlag Karl Meit- manns ist nicht ohne Weiteres von der Hand zu weisen. Wir wissen nicht, welche Aufga- ben uns bevorstehen, darum sollte man rechtzeitig, wo man tüchtige Menschen sieht, diese zur Arbeit heranholen. Die Aufzeigung des Kampfzieles ist zwar nicht so nach außen hin betrieben, weil wir uns immer mit Reformvorschlägen befassen mussten, sie ist aber ganz besonders von den Frauen betrieben worden.⁵¹ Unsere Aufklärungsarbeit bei den Frauen geht darauf hinaus, unsere Ziele aufzuzeigen. Marg[aretha] Andresen: Es wird mit Recht

47 Paul Löbe (1875–1967), Schriftsetzer, ab 1899 Redaktionsmitglied der »Volkswacht« (Breslau), 1900 Vorsitzender der SPD Breslau, 1904 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung, 1915 Mitglied des Schlesischen Provinziallandtags, 1919 Mitglied der Nationalversammlung, 1920–33 MdR, dabei 1920–Juli 1932 Reichstagspräsident, 13.9.1932–1933 Redakteur des »Vorwärts«, 1933 mehrere Monate Polizei- und KZ-Haft, anschließend Arbeit als Korrektor, 1944 erneut zeitweise in Haft, 1945–46 Mitglied des Zentralausschusses der SPD, 1946–48 Mitherausgeber und Lizenzträger des »Telegraf«, Berlin, 1948–49 Mitglied des Parlamentarischen Rates, 1949–53 MdB, 1954–67 Präsident des Kuratoriums Unteilbares Deutschland.

48 In seinem Brief an Graßmann vom 22.9.1932 (vgl. Einleitung, Anm. 10) schrieb Schlimme zu einem im vorliegenden Dokument nicht festgehaltenen Diskussionspunkt: »In der Sitzung selbst habe ich in kurzen Sätzen auf die Unhaltbarkeit hingewiesen, die für uns entsteht, wenn die Parteiorganisationen wie bisher so wenig auf die Einziehung dieser Extrabeiträge [für die Eiserner Front] bei den infrage kommenden Personen Wert legen.«

49 Ernst Rüdiger (Fürst von) Starhemberg (1899–1956), Freikorpskämpfer, 1923 Teilnahme am Hitler-Ludendorff-Putsch, September–Dezember 1930 österreichischer Innenminister, 1930–36 Bundesführer der österreichischen Heimwehren, 1934–36 Bundesführer der Vaterländischen Front, 1938–55 im Exil.

50 Diese Einschätzung spielt möglicherweise an auf die im Sommer 1932 vorübergehend um sich greifenden Spaltungstendenzen in der Heimwehrbewegung infolge der von Starhemberg ver- folgten Beteiligung an der Regierung in Wien, vgl. *Walter Wiltschegg, Die Heimwehr. Eine unwiderstehliche Volksbewegung?*, München 1985, S. 65–71.

51 Vgl. den Artikel von *Olga Stolten*, Frauen im Kampf für Freiheit und Recht, in: *Die Genossin. Informationsblätter der weiblichen Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands* 9, 1932, S. 211–213.

der Vorwurf erhoben, wir sind nicht rechtzeitig und richtig informiert. Sie verweist auf den 24. April und den 20. Juli. Die Forderung auf Erneuerung des P[artei]V[orstands] müsste dahin gehen, dass nicht alle Vorstandsmitglieder Staatspolitiker, also fraktionsgebunden sind. Es müssen mehr Menschen hinein, die sich in aller Öffentlichkeit frei und unabhängig für unsere Forderungen einsetzen können. Hanna Reitze ersucht abschließend, alle diese Informationen als vertraulich anzusehen. Sie sind gegeben, damit unsere Genossinnen über die inneren Vorgänge in der Partei unterrichtet sind. Die Partei hat schwere Kämpfe durchzufechten, ist aber in ihrem Kern unerschüttert. Wir müssen alles daransetzen, einen arbeitsfähigen Reichstag zu schaffen.

II. Die Frage der Frauenkandidatur. Dieser Tagesordnungspunkt soll den Unterbezirksvertreterinnen des Reg[ierungs]bez[irks] Stade Gelegenheit geben, zu der Frauenkandidatur auf der Reichstagswahlliste des Wahlkreis[es] Ost-Hannover Stellung zu nehmen. Andresen, Stolten und Fauth geben Aufklärung über die bisherige Regelung in der Kandidatenaufstellung. Genossin Andresen weist darauf hin, dass bei Änderungen der Kandidatenliste fast immer die Frauenkandidatur in Gefahr geriet. Die Genossinnen müssten fordern, dass die dritte sichere Stelle unbedingt für eine Frau offen bleibt. Anni Lange – Unterelbe setzt sich für Adele Schreiber⁵² ein. Wie ihr zu Ohren gekommen ist, sind Bestrebungen im Gange, die Genossin Schreiber von der Liste zu entfernen. Die Genossinnen des Unterbezirks Unterelbe würden es sehr bedauern, wenn die Genossin Schreiber nicht wieder kandidiert. Olga Stolten und Auguste Hagemann befürworten die von Hannover uns vorgeschlagene Kandidatur der Genossin Ada Lessing⁵³ – Hannover. Wenn es nicht gelingt, die Genossin Schreiber auf der Liste zu halten, können wir dem Vorschlag⁵⁴ Ada Lessing[s] zustimmen.⁵⁵

III. Unsere nächsten Aufgaben. Genossin Andresen teilt mit, dass angesichts der Wahlkämpfe und der schlechten Finanzlage der Partei es nicht möglich ist, noch in diesem Jahr eine Bezirksfrauenkonferenz abzuhalten. Genossin Stolten macht den Vorschlag, beim Bezirksvorstand eine Funktionärinnenzusammenkunft zu beantragen, die die Funktionärinnen für ihre wichtigste Aufgabe, der Agitation von Mund zu Mund, schult. Als Referentin wird die Genossin Adele Schreiber vorgeschlagen. Zeitpunkt, Ort und Anzahl der Teilnehmerinnen bleibt dem Bezirkssekretariat überlassen.

52 Adele Schreiber-Krieger geb. Schreiber (1872–1957), Schriftstellerin, Sozialpolitikerin, Frauenrechtlerin, 1908 Mitglied der Demokratischen Vereinigung, 1912 Mitglied der SPD, 1910 Gründerin der Deutschen Gesellschaft für Mutter- und Kindesrecht, 1920–24 MdR für Liegnitz, Mai 1928–November 1932 MdR für Osthannover, Vizepräsidentin des Weltbundes für Frauenstimmrecht, 1933 Emigration, 1943 aus der Sopade ausgeschlossen, 1944 Präsidiumsmitglied der Bewegung Freies Deutschland, 1947 Rückkehr in die Schweiz.

53 Adele (Ada) Lessing geb. Abbenharn gesch. Grote (1883–1953), Journalistin, zweite Ehefrau von Theodor Lessing, 1919–33 Geschäftsführerin der Volkshochschule Hannover-Linden, 1932 (zweimal) und 1933 Reichstagskandidatin der SPD, 1933 Emigration (am 30.8.1933 Ermordung Theodor Lessings durch Nationalsozialisten in der Tschechoslowakei), 1946 Rückkehr, 1947–53 Leiterin des Lehrerfortbildungsheimes Schloss Schwöbber bei Hameln.

54 Das in der Vorlage ursprünglich folgende Wort »Hannover« wurde durch »xxx« getilgt.

55 Ada Lessing kandidierte schließlich – vergeblich – auf Platz 3 der SPD-Liste im Wahlkreis Osthannover für die Reichstagswahl am 6.11.1932. Vgl. »Wissen ist Macht ... Bildung ist Schönheit!«. Ada & Theodor Lessing und die Volkshochschule Hannover. Katalog zur Ausstellung des Stadtarchivs zum 75jährigen Bestehen der VHS. Konzeption, Texte und Gestaltung der Ausstellung und des Katalogs: *Christian Heppner*, Hannover 1995, S. 22.

Für die Winterarbeit macht Genossin Stolten einige Vorschläge.⁵⁶ Sie ersucht, in den größeren Orten doch mindestens eine größere Frauenveranstaltung zu treffen⁵⁷, die propagandistisch wirkt, doch müssen die Kosten durch Kartenverkauf gedeckt werden. Sie empfiehlt auch, sich besonders um die Frauen der Erwerbslosen zu bemühen, empfiehlt Unterhaltungsnachmittage oder Abende für diese, verbunden mit Sprechstund[e], Kinderstube. Sie weist darauf hin, dass bei geeigneten Film- oder Lic[ht]bildveranstaltungen ein Zusammengehen mit der Arbeiterwohlfahrt sich empfiehlt, da der A[rbeiter]w[ohlfahrt] für ihre Werbearbeit ein Zuschuss des H[aupt]a[usschusses]⁵⁸ zur Verfügung steht. Dadurch kann für die Frauengruppe die Kostenfra[ge] etwas erleichtert werden, sie weist auf die im März dieses Jahres im Unterbezirk Achim-Verden durchgeführte Filmtournee »Die Frauen im Arbeitersport« [hin], die in Verbindung mit der Arbeiterwohlfahrt sowie auch teils im Rahmen der Eisernen Front aufgezogen war. Wir haben diese Veranstaltungen benutzt, um mit den Genossinnen nachmittags noch über ihre praktische Arbeit zu sprechen.

Marg[aretha] Andresen stellt fest, dass in den Berichten über die Wahlarbeit sehr wenig über eigene Veranstaltung[en] der Frauen berichtet wird. Sie fragt nach den Erfahrungen der Genossinnen, wo diese als zweite Referentinnen in öffentlichen Versammlungen gesprochen haben. Anni Lange hat hierin nur gute Erfahrungen, unter Versammlungsstörung haben sie und ihre beteiligten Genossinnen nicht zu leiden gehabt. Sie begrüßte, dass in ihren Versammlungen den Frauen zuerst das Wort gegeben wurde. Anna Stiegler berichtet, dass in Bremen die Redner sich über die Beschränkung der Redezeit beschwert haben, die ihnen dort auferlegt wurde, wo Frauen als zweite Rednerinnen vorgesehen waren.

[IV.] Verschiedenes. Christine Hölscher wünscht Aufklärung und Unterstützung über die Einrichtung der Sexualberatungsstellen. Ferner teilt sie mit, dass in ihrem Unterbezirk sich Unzuträglichkeiten ergeben, daraus entstanden, dass in den Unterbezirksfrauenausschuss eine andere Genossin als Vorsitzende gewählt worden ist. Es entsteht sodann eine rege Aussprache über die Frage der Geburtenregelung und die Notwendigkeit, gerade in ländlichen Orten mehr Aufklärung darüber zu geben.⁵⁹ Anni Lange berichtet über ihre Arbeiten im Unterbezirk. Sie teilt mit, dass ihr vom Unterbezirksvorstand ein Bewegungsgeld von 10,- M pro ?⁶⁰ bewilligt wurde. Auch kann sie ihre Portoausgaben in Rechnung stellen. Sie hat dadurch die Möglichkeit, mit den Genossinnen in den Ortsverein[en] des Untereelbegebietes öfter in Verbindung zu treten. Sie legt ein Anschreiben vor, welches sie an ihre Vertrauensgenossinnen in den Ort[s]vereinen gerichtet hat. Anni Lange fragt nach Material, um Sprechstunden für Siedlerfrauen einzurichten. Genosse Fauth gibt Auskunft.

Schluss der Sitzung 16 Uhr.

Olga Stolten
Schriftführerin

56 Vgl. auch den Artikel von *Rudolf Opitz*, Gruppenarbeit im Winter, in: *Die Genossin* 9, 1932, S. 213f.

57 So in der Vorlage.

58 Der »Hauptausschuss für Arbeiterwohlfahrt e. V.« war der zentrale Dachverband der Ortsausschüsse für Arbeiterwohlfahrt.

59 Zur Bedeutung der Sexualpolitik und der Geburtenregelung für die Frauenarbeit in der SPD vgl. *Hagemann*, *Frauenalltag und Männerpolitik*, S. 196–204 und 268–296.

60 So in der Vorlage.